

Bürgerdialog 2019:

Bürgerratschlag zu ProgRess III

Nationales Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung



BEAUFTRAGT VOM



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Umwelt 
Bundesamt

Inhalt

Zwölf Kernbotschaften.....	3
Was ist ProgRes III?	6
Zum Bürgerdialog	6
Wie ist der Bürgerdialog abgelaufen?.....	7
Wie wurden die Bürger/innen gewonnen?	7
Wie waren die Bürgerwerkstätten gestaltet?	9
Wie lief der Onlinedialog?.....	12
TOP 10 Bürgerempfehlungen	14
Bürgerempfehlungen für ProgRes III.....	15
Ansprechpartner und Bildnachweise.....	27
Anhang.....	28
Komplette Handlungssteckbriefe und Bürgerempfehlungen	28

Zwölf Kernbotschaften

Der Bürgerdialog GesprächsStoff Ressourcen hat im Frühjahr 2019 Bürgerempfehlungen zum Nationalen Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung (kurz ProgRes) zusammengetragen. Stellvertretend für rund 230 zufällig ausgewählte Bürger/innen, die an den Bürgerwerkstätten im Mai 2019 in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen mitwirkten, haben die aus dem Kreis gewählten Bürgerbotschafter/innen die Empfehlungen auf Kernbotschaften verdichtet.

Die folgenden Kernbotschaften beziehen sich auf die 12 Handlungssteckbriefe zum Ressourceneffizienzprogramm - die Diskussionsgrundlage für den Bürgerdialog. Die Bürgerbotschafter/innen haben in ihrer Redaktionssitzung am 3. und 4. August 2019 in Fulda auf der Basis der Bürgerempfehlungen zu jedem Handlungssteckbrief eine Kernbotschaft formuliert. Ihr Ziel: die wichtigsten gemeinsamen Aussagen aus den Bürgerempfehlungen zu jedem Handlungssteckbrief auf den Punkt zu bringen. (Die vollständigen Handlungssteckbriefe und Bürgerempfehlungen stehen im Anhang).

1 Nachhaltiges Verkehrssystem

Die Bundesregierung soll nachhaltige Verkehrsmittel fördern, um die Bedeutung des autogebundenen Individualverkehrs zu verringern.

Das ÖPNV-, Bahn-, Rad- und Fußwegenetz muss flächendeckend ausgebaut werden. Durch Subventionen müssen niedrigere Ticketpreise realisiert werden. Nachhaltige „Sharing-Angebote“ müssen gefördert werden.

Wir fordern, den innerdeutschen Flugverkehr einzuschränken oder zu besteuern. Kontrovers diskutiert wurden Verbote und Sanktionen, wie autofreie Innenstädte und Maut. Anreizsysteme können Alternativen zu Verboten und Sanktionen sein.

2 Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit

Wir fordern, dass der ÖPNV alternativlos günstig wird!

Dafür muss die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut sowie Erreichbarkeit und Taktung verbessert werden.

Außerdem muss der Radverkehr durch den Ausbau von Radwegen und sicheren Stellplätzen gefördert werden.

3 Ökodesign und Lebensdauer

Grundgedanke muss sein: „Reparieren statt Finanzieren“.

Wir fordern finanzielle und steuerliche Anreize sowohl für Unternehmen als auch für den Endverbraucher hinsichtlich langlebiger, reparierbarer und in modularer Bauweise hergestellter Produkte.

Um die Produktverantwortung der Hersteller einzufordern, müssen die Garanzzeiten verlängert werden. Abhängig von der Produktkategorie müssen Ersatzteilversorgung und Produktsupport sichergestellt werden.

4 Nutzen statt Besitzen

Wir fordern öffentliche Räume und Plattformen für den Austausch von Waren und Geräten.

Eine haftungsrechtliche Grundlage ist notwendig, um Nutzer abzusichern.

Außerdem fordern wir die finanzielle Unterstützung für Kommunen, soziale Plattformen oder Initiativen, die Austausch und Teilen fördern.

5 Vermeidung und Recycling von Abfällen

Wir fordern, die Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit von Gebrauchsgütern zu erhöhen!

Wir fordern Anreiz- und Steuerungsinstrumente für eine höhere Recyclingquote von weißer Ware, z.B. in Form eines Pfandsystems oder einer Rückgabepremie. Des Weiteren fordern wir die Einführung eines Labels sowie einer Recyclingskala für eine positive Veränderung des Kaufverhaltens und zur Aufklärung über Recyclingprozesse.

6 Recycling von Verpackungen beim Online-Handel

Wir fordern eine rechtsverbindliche Umstellung des Verpackungssystems im Online-Handel auf ein standardisiertes Mehrwegsystem auf Basis von ökologischen Recyclingmaterialien mit normierten Packungsgrößen in einem zentralen Pfandsystem.

Forschung und Innovation in der ökologischen und nachhaltigen Verpackungsentwicklung müssen gefördert werden.

7 Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich gewinnen

Die Bundesregierung soll sich für internationale (zumindest europaweit) rechtsverbindliche Standards hinsichtlich der umwelt- und sozialverträglichen Gewinnung von Rohstoffen einsetzen. Eine Nichteinhaltung dieser soll zu hohen Strafen (umsatzorientiert) bis hin zu Einfuhrbeschränkungen führen.

Unabhängige Grundlagenforschung für geringeren Rohstoffbedarf durch die Entwicklung innovativer Produkte muss gefördert werden.

Die Bundesregierung soll diese Themen in das Bildungssystem einfließen lassen.

8 Transparenz entlang der Lieferkette

Wir fordern die Einführung eines einheitlichen, verbindlichen und transparenten Ampelsystems für faire und nachhaltige Wertschöpfung in Kombination mit einer plakativen Visualisierung (vgl. Tabakverpackungen).

Wir fordern Subventionen für nachhaltig arbeitende, regionale Unternehmen und umsatzorientierte Sanktionen für Unternehmen mit umwelt- und sozialschädlicher Wertschöpfungskette.

Diese Regelungen müssen auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden.

9 Bildung für Ressourceneffizienz

Wir fordern, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) Ressourceneffizienz und Ökologie als ein gemeinsames Hauptbildungsziel festlegt.

Ein ökologisches Bewusstsein muss grundlegender Bestandteil der Ausbildung des pädagogischen Personals sein.

Bildungseinrichtungen müssen mit ressourceneffizienter Ausstattung und Organisation als Vorbild für Nachhaltigkeit dienen. Dazu müssen sie ein angemessenes Budget erhalten.

10 Nachhaltiges Bauen

Wir fordern eine Reform des Baurechts zu Gunsten recyclingfähiger, nachhaltiger Baustoffe.

Wir verlangen die Förderung sowie die wirtschaftliche und steuerliche Bevorzugung ressourcenschonender und energieeffizienter Wohn- und Baukonzepte. Beispiele dafür sind u.a. bedarfsorientierte modulare Wohneinheiten sowie Selbstversorgerhäuser und Smart Homes.

Wir appellieren an die Bundesregierung, die Möglichkeit der Einflussnahme von Baulobbyisten zugunsten nachhaltig wirtschaftender Bauindustrie zu verschieben.

11 Green Finance

Nachhaltige Investments sollen z.B. durch staatlich garantierte Einlagensicherung und steuerliche Vorteile gefördert werden.

Für eine transparente Zertifizierung empfehlen wir ein europäisches Ökolabel für nachhaltige Investitionen, ähnlich einer „Lebensmittelampel“.

Weil Wissen zu Ressourcenthemen eine wichtige Basis für nachhaltigkeitsorientierte Investitionsentscheidungen ist, fordern wir, Bildungsinhalte zu Finanzfragen/Green Finance an Schulen und Hochschulen zu etablieren.

12 Öffentliche Beschaffung

Die öffentliche Beschaffung muss nachhaltiger werden. Hierfür soll der blaue Engel als Mindeststandard in Ausschreibungen festgelegt werden. Der blaue Engel soll um das Kriterium Ressourceneffizienz weiterentwickelt werden.

Es soll eine Tauschplattform für nutzbare Gebrauchtprodukte eingerichtet werden. Öffentliche Einrichtungen müssen verpflichtet sein, diese Plattform zu nutzen. Ergänzend können gemeinnützige Organisationen, Unternehmen oder Privatpersonen die Plattform nutzen, falls die Produkte in den öffentlichen Einrichtungen nicht benötigt werden.

Was ist ProgRess III?

Deutsches
Ressourceneffizienz-
programm

Das Bundesumweltministerium (BMU) führt im Jahr 2019 im Rahmen des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess) den Bürgerdialog Gesprächs-Stoff Ressourcen durch. ProgRess beschreibt Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz entlang der Wertschöpfungskette, also von der Rohstoffgewinnung, über Produktgestaltung, Produktion und Konsum bis hin zur Kreislaufwirtschaft. Mit der Fortschreibung soll die Wirksamkeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen für Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz verbessert werden.

Verhältnis zwischen
Nutzen und
Ressourceneinsatz

Ressourceneffizienz bezeichnet allgemein das Verhältnis zwischen einem bestimmten Nutzen und den dafür benötigten Ressourceneinsatz. Natürliche Ressourcen sind ein wesentlicher Produktionsfaktor und damit Grundlage für unseren Wohlstand. Zu den natürlichen Ressourcen gehören alle Bestandteile der Natur, z. B. Wasser, Boden, Luft, aber auch Lebewesen und nicht nachwachsende Rohstoffe wie Metalle oder Mineralien.

Nationale
Nachhaltigkeits-
strategie

Die Entnahme und Nutzung von Ressourcen haben einen erheblichen Einfluss auf die Umwelt und auf den Menschen. So hat sich die Bundesregierung mit der „**Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie**“ dazu verpflichtet, Ressourcen zu schonen.

Steigerung
Ressourceneffizienz

Das Ziel von ProgRess ist die Steigerung der Ressourceneffizienz. Um das zu erreichen, muss entweder der Ressourceneinsatz für einen Nutzen geringer werden, zum Beispiel durch Einsparung von Rohstoffen in der Fertigung, oder der Nutzen einer Ressource muss gesteigert werden, zum Beispiel durch eine längere Nutzungsdauer und danach Trennung und Rückführung der Materialien in den Kreislauf.

Zum Bürgerdialog

2. Bürgerdialog

Das Bundesumweltministerium hat bereits im Jahr 2015 bei der Fortschreibung von ProgRess I einen Bürgerdialog durchgeführt, in dem Bürger/innen ihre Empfehlungen eingebracht haben, wie ProgRess II weiterentwickelt werden soll. Im Frühjahr 2019 fand eine erneute Beteiligungsrunde statt.

Zufallsauswahl

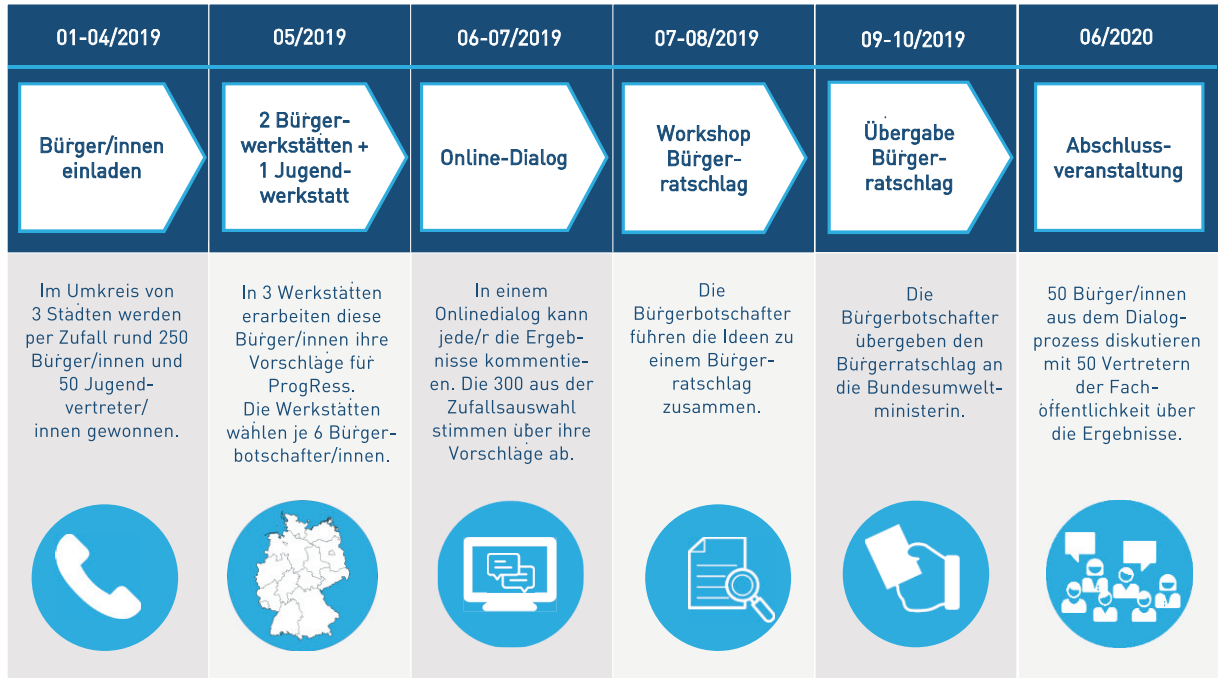
Was blieb gleich und was war neu? Gleich blieb, dass ein möglichst breites Spektrum an Meinungen gehört werden sollte. Deswegen wurden Bürger/innen per Zufall ausgewählt, um zum Beispiel unterschiedliche Altersgruppen, Frauen und Männer und auch Vertreter/innen der jungen Generation einzubinden. Außerdem gab es einen Online-Dialog, in dem alle Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen und ihr Feedback abgeben konnten.

Gesellschaftliche
Resonanz im Fokus

Neu war, dass die Fragen für den Bürgerdialog sich stärker an der gesellschaftliche Resonanz orientierten. Die Bürger/innen identifizierten pro Maßnahme, wo sie „Rückenwind“, „Gegenwind“ oder „Windstille“ sehen/erwarten und erarbeiteten darauf aufbauend konkrete Empfehlungen an die Bundesregierung.

Wie ist der Bürgerdialog abgelaufen?

Die folgende Grafik fasst den Bürgerdialog zum Deutschen Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes III) der Bundesregierung auf einen Blick zusammen:



Die Bürgerwerkstätten fanden eintägig in Erfurt am 4. Mai, in Hannover am 11. Mai und in Ludwigshafen am 18. Mai statt. Die Werkstatt in Hannover war eine Jugendwerkstatt. Hieran haben ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene (16-25 Jahre) teilgenommen.

Wie wurden die Bürger/innen gewonnen?

Zufallsauswahl

Das sozialwissenschaftliche Institut BACES an der Universität Bamberg hat die Bürger/innen durch eine Zufallsauswahl gewonnen. Diese wurde auf zwei verschiedenen Wegen umgesetzt:

- 1.) Telefonische Zufallsauswahl mit Festnetz- und Mobilfunknummern. Über 24.000 Telefonnummern wurden angerufen, 720 Personen bekundeten Interesse mitzuwirken, 161 davon haben sich zur Bürgerwerkstatt angemeldet.
- 2.) Eine Zufallsauswahl mit Postwurfsendungen an zufällig gezogene Stichproben aus den Einwohnermelderegistern – besonders für Bürger/innen im Alter bis 35 Jahren. Die Stichprobe umfasste 5.800 Adressen, mit 169 Zusagen haben sich knapp 3 % davon angemeldet.

Zum Bürgerdialog

Querschnitt der Bevölkerung

In beiden Verfahrenswegen wurden soziodemographische Kriterien angelegt, um eine möglichst heterogene Zusammensetzung des Bürgerdialogs nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Regionen im Umkreis der Veranstaltungsorte zu erreichen. Ziel war ein Querschnitt der Bevölkerung, nicht ein repräsentatives Abbild. Es sollten möglichst viele Blickwinkel aus Bürgersicht im Dialog mitwirken.

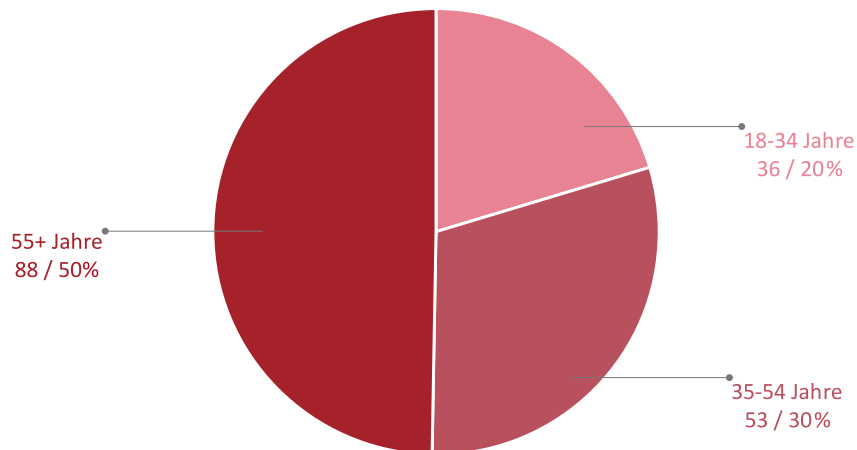
229 Bürgerinnen und Bürger nahmen teil

An den Bürgerwerkstätten in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen haben von den 330 Angemeldeten insgesamt 229 Bürger/innen teilgenommen (Erfurt 94, Hannover 33, Ludwigshafen 102). Darunter waren 105 Frauen und 124 Männer.

Verteilung nach Geschlecht, Alter und Bildung

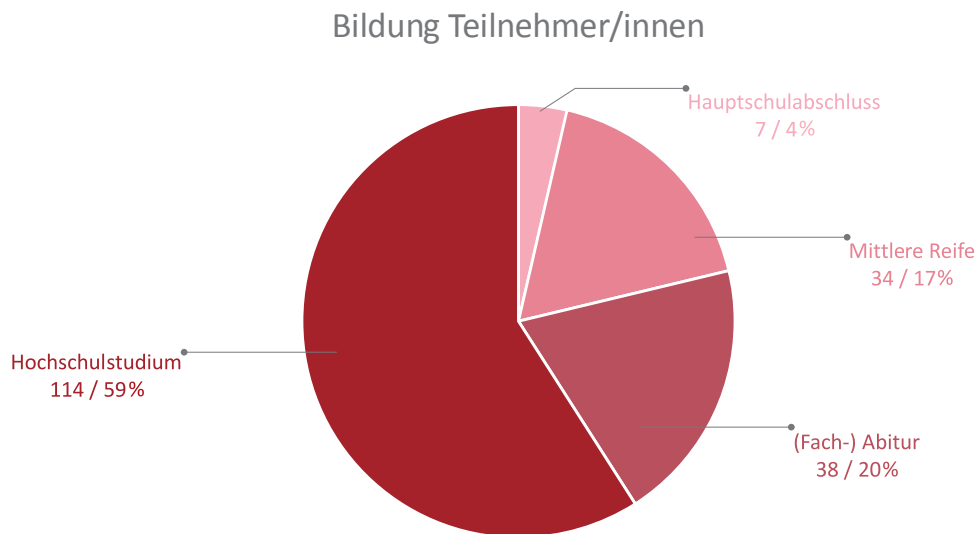
Bei der Jugendwerkstatt nahmen ausschließlich Bürger/innen im Alter von 16-25 Jahren teil. Die Altersverteilung für die beiden Bürgerwerkstätten in Erfurt und Ludwigshafen war breit gestreut, wie die folgende Grafik zeigt. Das ist ein Ergebnis der Ansprache über Registerstichproben der Einwohnermeldeämter.

Alter Teilnehmer/innen



Übergewicht höher Gebildete

Beim formellen Bildungsgrad gab es ein Übergewicht von Personen mit Hochschulstudium. Das entspricht der wiederholten Erfahrung in Bürgerdialogen mit Zufallsauswahl. Dennoch zeigt die folgende Grafik, dass aus allen Bildungssegmenten Teilnehmende dabei waren und somit den gewünschten Querschnitt der Bevölkerung abbildeten.



Wie waren die Bürgerwerkstätten gestaltet?

Bürger-Feedback zu Handlungssteckbriefen des BMU

Ziel der Bürgerwerkstätten war es, Bürger-Feedback zu Handlungssteckbriefen mit Vorschlägen und Überlegungen des BMU zur Weiterentwicklung von Progress III zu erarbeiten. Das Feedback erfolgte entlang folgender Leitfragen:

- „Rückenwind“? (Bürger/innen sind dafür, machen mit und geben „Rückenwind“)
- „Windstille“? (Bürger/innen wissen nichts davon oder wollen sich nicht damit beschäftigen, es wird eher „Windstille“ herrschen)
- „Gegenwind“? (Bürger/innen sind dagegen, befürchten Nachteile, es wird „Gegenwind“ geben)

Tischgruppen erarbeiten Empfehlungen



Abbildung 2: Bürgerdialog in Ludwigshafen - Arbeit an Empfehlungen

Zum Bürgerdialog

Entlang dieser Fragen formulierten die Bürger/innen zu den Maßnahmenvorschlägen des BMU im Laufe des Tages Empfehlungen an die Bundesregierung. Darüber hinaus gab es auch einige Tischgruppen, die sich der Frage widmeten: „Was sollte die Bundesregierung bezogen auf die Maßnahmen nicht tun oder anders machen?“

Infomarkt zu breiter Themenpalette

Da ProgRess III eine sehr breite Themenpalette umfasst, gab es zu Beginn der Werkstätten eine ausgiebige Informationsphase. Über einen Film, einen plenen Informations-Input und einen Info-Markt mit vorbereitenden Infopostern erhielten die Bürger/innen Informationen rund um ProgRess, zu den zentralen Handlungsfeldern und zu den anvisierten Maßnahmen und Überlegungen des BMU.



Abbildung 3: Bürgerdialog in Erfurt - Infomarkt

Die zentrale Arbeitsmethode waren kleine Tischgruppen, die in wechselnder Zusammensetzung ihr Feedback zu den insgesamt 12 Handlungssteckbriefen des BMU diskutierten und auf Doku-Postern festhielten (komplette Ergebnisse aus den Werkstätten: siehe Anhang).

Zum Bürgerdialog

Feedback-Fragen für
Tischgruppen

Pro Steckbrief wurde so im Laufe des Tages ein Feedback anhand folgender Leitfragen erstellt:

- Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:
- Um den Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:
- Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun, bzw. mehr oder anders zu machen:
- Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:

18 Bürger-
botschafter/innen

Im Rahmen der Werkstätten wurden am Ende jeweils sechs Bürgerbotschafter/innen (je drei Frauen und drei Männer) gewählt. Diese 18 Bürgerbotschafter/innen hatten die Aufgabe, alle Ergebnisse zu einem „Bürgerratschlag“ zu bündeln und bei einem Workshop auf Basis der Bürgerempfehlungen wichtige Kernbotschaften zu formulieren.



Abbildung 4: Bürgerdialog Hannover – Die sechs Jugendbotschafter/innen

Wie lief der Onlinedialog?

Öffentlicher
Onlinedialog

Der den Bürgerwerkstätten nachgeschaltete Onlinedialog vom 12. Juni bis 16. Juli 2019 bot der Öffentlichkeit und allen interessierten Bürger/innen Zugang zu den 12 Handlungssteckbriefen des BMU und allen 32 Bürgerempfehlungen aus den drei Werkstätten. Jede/r registrierte Nutzer/in konnte die Maßnahmen kommentieren sowie die eingegangenen Kommentare bewerten („gefällt mir“ oder „gefällt mir nicht“). Außerdem konnten alle Nutzer auswählen, welche fünf Bürgerempfehlungen ihnen am Wichtigsten sind.



Startseite

Bürgerwerkstätten

Informationen -

Online-Dialog



Umwelt
Bundesrat

Thema	Arbeits- und Freizeitwege	Bildung
Recycling von Verpackungen beim Online-Handel <small>Abfallvermeidung Kreislaufwirtschaft</small>	Nachhaltiges Verkehrssystem <small>Arbeits- und Freizeitwege</small>	Bildung für Ressourceneffizienz <small>Bildung</small>
Diskutieren Sie mit!	Diskutieren Sie mit!	Diskutieren Sie mit!
3 33	30 56	13 41

Fokus: Abstimmung
durch Teilnehmer vom
Tag des Bürgerdialoges

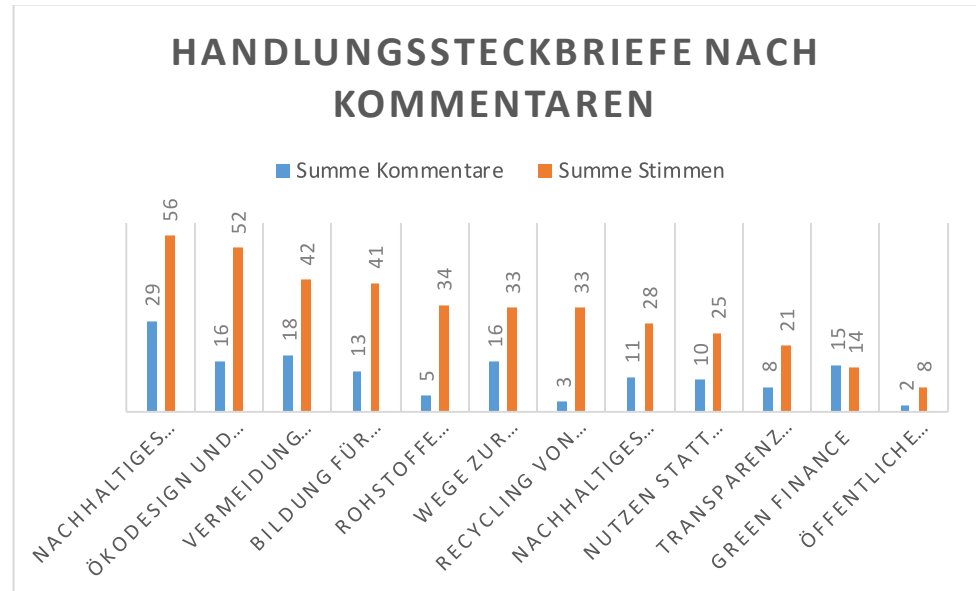
Die Teilnehmenden des Bürgerdialogs standen bei der Abstimmung besonders im Fokus. Um Mobilisierungseffekte im Netz zu vermeiden, gaben ihre Stimmen als Querschnitt der Gesellschaft Ausschlag darüber, welche Bürgerempfehlungen am Wichtigsten sind. Ihre Abstimmung ist die Grundlage für die Auswahl der TOP 10 Bürgerempfehlungen (siehe nächsten Abschnitt). Die Zufallsbürger/innen konnten ebenfalls mit insgesamt maximal 5 Stimmen pro Person die aus Ihrer Sicht prioritären Empfehlungen auswählen.

Bis zum Ende des Onlinedialoges hatten sich

- 304 Teilnehmende registriert, die 146 Kommentare abgegeben haben; darunter 152 Teilnehmende aus den Bürgerwerkstätten in Erfurt, Hannover und Ludwigshafen.
- Insgesamt erhielten die Bürgerempfehlungen 387 Stimmen, 364 davon kamen von den zufällig ausgewählten Bürger/innen.

Zum Bürgerdialog

Die Kommentare und Stimmen sind sehr ungleich über die Handlungssteckbriefe und Bürgerempfehlungen verteilt. Fasst man die Aktivitäten zu allen Bürgerempfehlungen unter dem jeweiligen Handlungssteckbrief zusammen, ergibt sich folgende Verteilung.



Meiste Stimmen und
meiste Kommentare:
Nachhaltiges
Verkehrssystem

Die meisten Stimmen erhielt die Bürgerempfehlung zum Handlungssteckbrief „Nachhaltiges Verkehrssystem“. Zu diesem Steckbrief gab es auch mit Abstand die meisten Kommentare.

TOP 10 Bürgerempfehlungen

TOP 10 der zufällig
ausgewählten
Bürger/innen

Mit 387 Stimmabgaben, darunter 364 durch die zufällig ausgewählten Bürger/innen, haben die Teilnehmer/Teilnehmenden am Onlinedialog ausgewählt, welche Bürgerempfehlungen aus dem Bürgerdialog ihnen am Wichtigsten sind. Jeder Teilnehmende konnte maximal fünf Bürgerempfehlungen auswählen.

Die folgende Tabelle zeigt die TOP 10 der Bürgerempfehlungen:

	Bürgerempfehlung zum Handlungssteckbrief	Stadt	Stimmen gesamt	Stimmen Zufalls- bürger.
	Top 10 – am besten bewertet			
1	Nachhaltiges Verkehrssystem	Erfurt	32	29
2	Bildung für Ressourceneffizienz	Ludwigshafen	24	22
3	Ökodesign und Lebensdauer	Erfurt	23	22
4	Ökodesign und Lebensdauer	Ludwigshafen	22	20
5	Rohstoffe Umwelt- und sozialverträglich gewinnen	Ludwigshafen	22	20
6	Vermeidung und Recycling von Abfällen	Erfurt	20	19
7	Nachhaltiges Verkehrssystem	Ludwigshafen	18	17
8	Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit	Hannover	16	16
9	Recycling von Verpackungen beim Online-Handel	Hannover	16	15
10	Bildung für Ressourceneffizienz	Erfurt	17	14

Der große Anteil der Stimmen der zufällig ausgewählten Bürger/innen begründet den Tabellenstand. Nur bei Gleichstand haben die relativ wenigen Stimmen aus der Öffentlichkeit Ausschlag über die Positionen gegeben. Das gilt für die Plätze zwei und drei sowie für die Plätze vier und fünf.

Bürgerempfehlungen für ProgRess III

Komprimierte
Bürgerempfehlungen

In diesem Kapitel stehen die komprimierten Bürgerempfehlungen zu allen Handlungssteckbriefen des Bundesumweltministeriums (BMU). Die Handlungssteckbriefe enthalten die Vorschläge und Überlegungen des BMU zur Weiterentwicklung des Ressourceneffizienzprogramms ProgRess III.

Redaktionssitzung
Bürger-
botschafter/innen

Die Bürgerbotschafter/innen haben sich in ihrer Redaktionssitzung am 3. und 4. August 2019 in Fulda auf eine Zusammenfassung der Bürgerempfehlungen aus allen drei Städten geeinigt. Die Zusammenfassungen orientieren sich an den Feedbackfragen aus den Bürgerwerkstätten zu den Handlungssteckbriefen:

- Rückenwind besser nutzen...
- Gegenwind umgehen/abmildern...
- Windstille vermeiden...
- Nicht, anders, mehr...

Keine neuen Inhalte

In den Zusammenfassungen steht inhaltlich nichts Neues, die Ergebnisse aus den Bürgerwerkstätten bleiben die Grundlage. Es geht um eine Zusammenfassung, die möglichst nahe an den ursprünglichen Feedback-Aussagen bleibt. Für zusammenfassende Aussagen haben die Bürgerbotschafter/innen geprüft, ob – über alle Werkstätten hinweg – gemeinsame Aussagen getroffen wurden und wo eventuell Widersprüche oder Alternativen zu einer Aussage festgehalten wurden.

Der volle Text der Handlungssteckbriefe und der zugehörigen Bürgerempfehlungen befindet sich im Anhang.

Nachhaltiges Verkehrssystem

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Das aktuelle Verkehrssystem schadet der Umwelt und der Gesundheit. Konventionell motorisierte Fahrzeuge stoßen Schadstoffe aus, die die Qualität der Atemluft, des Wassers und der Böden verschlechtern. Elektromobilität bietet Stand heute keine abschließende Lösung, da die Rohstoffbeschaffung für Lithium-Ionen-Batterien Probleme birgt (menschenrechtliche und ökologische Risiken beim Abbau von Lithium und Kobalt). Folgende Maßnahmen soll die Bundesregierung umsetzen:

- Den nationalen Radverkehrsplans fortschreiben und eine bundesweite Fußgängerstrategie entwickeln.
- Fahrleistungsabhängige Maut: Neben der bereits existierenden LKW-Maut könnte auch eine Bus- und Pkw-Maut eingeführt werden.
- Orientierung der Kfz-Steuer am Fahrzeuggewicht (statt Hubraum), zusätzlich zur Abhängigkeit von den spezifischen CO₂-Emissionen.
- Die vorhandenen Bundesfernstraßen mit einer Länge von über 51.000 Kilometern auf einem modernen Niveau erhalten und nicht weiter ausbauen.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Radverkehr attraktiver machen
 - Ausbau Radwegenetz
 - Verbesserung von Verkehrsfluss und Sicherheit (z.B. Trennung Rad- und Fußwege)
- Ausbau des ÖPNV
- Bahnverkehr stärken (kostengünstiger, Ausbau des Schienennetzes, größeres Angebot)

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und **WINDSTILLE** zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- höhere Subventionierung des ÖPNV (als des Individualverkehrs)
- Güterverkehr auf die Schiene
- Autoverkehr unattraktiver machen
 - kontrovers diskutiert wurden autofreie Innenstädte

Andere Maßnahmen:

- kostenfreier Nahverkehr
- Förderung Car-Sharing
- keine Maut, sondern Alternativen (z.B. Mineralölsteuer, Steuernachlass bei ÖPNV-Nutzung)

Kerosinsteuer/-abgabe

- Global und national

Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Wege zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz machen etwa ein Viertel der täglich zurückgelegten Personenkilometer aus und sind somit für einen erheblichen Teil des Verkehrsaufkommens verantwortlich. Die Bundesregierung plant verschiedene Maßnahmen, um den Arbeitsverkehr zu reduzieren. Sie plant die Entfernungspauschale abzuschaffen und wohnortnahe Arbeitsmöglichkeiten und den Bau von intermodalen Mobilitätsstationen zu fördern. Darüber hinaus könnten große Behörden und Betriebe zu einem Mobilitätsmanagement verpflichtet werden.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Zustimmung zu intermodalen Mobilitätsstationen
 - dafür notwendig: Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Verbesserung des ÖPNV
 - preisgünstiger bzw. kostenlos
 - Ausbau Schienennetz, Erreichbarkeit, Taktung
 - Förderung des Radverkehrs (Ausbau von Radwegen, Stellplätze, Mobilitätsstationen, P&R)

- Bereitstellung von Geldern, Knowhow und Beratungsangebot für die kommunale Umsetzung

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und WINDSTILLE zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Abschaffung Entfernungspauschale umstritten, trifft eher auf Ablehnung, da sie besonders Bewohner ländlicher Regionen und sozial schwächere Gruppen (soziale Härten) trifft
 - Alternative: steuerliche Anreize für klimafreundlichere Alternativen oder Erhöhung der Pauschale für Radfahrer
- Erleichterung von Heimarbeitsplätzen und dezentralen Büros durch finanzielle/steuerliche Anreize für Unternehmen und Vereinfachung der rechtlichen Vorschriften

Ökodesign und Lebensdauer

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Die Bundesregierung möchte langlebige Konsumprodukte fördern. Sie setzt sich deswegen dafür ein, dass Hersteller bei deren Gestaltung die Materialeffizienz berücksichtigen und umsetzen (z.B. Werkstoffe verwenden, die langlebiger und ökologischer sind). Solche Anforderungen werden z.B. in der EU-Ökodesign-Richtlinie festgelegt, die – einmal für ein Produkt verabschiedet – für alle Hersteller dieses Produktes verpflichtend ist. Die Bundesregierung arbeitet gemeinsam mit der EU-Kommission darauf hin, dass die Hersteller auch bei der Nutzungsdauer und Reparierbarkeit mehr Verantwortung für ihre Produkte übernehmen. Konkret setzt sich die Bundesregierung für folgende Maßnahmen ein: Kund/innen sollen ihre Ansprüche auf Gewährleistung länger geltend machen können.

Hersteller müssen nachweisen, dass sie bei einem Mangel nicht gewährleistungspflichtig sind. („Beweislastumkehr“). Bisher muss das der Kunde oder die Kundin beweisen.

Hersteller müssen über die garantierte Lebensdauer ihrer Produkte informieren.

Hersteller müssen Ersatzteile und Konstruktions- bzw. Reparaturinformationen bereitstellen.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Kennzeichnungspflicht für Ökobilanz von Produkten
 - Einführung eines Ökosiegels für Langlebigkeit und Reparierbarkeit
- finanzielle/steuerliche Anreize sowohl für Unternehmen (z.B. Steuererleichterungen) als auch Endverbraucher (z.B. gesenkter MwSt.-Satz) langlebiger, reparierbarer und nachhaltiger Produkte
 - insbes. Modulare Bauweise fördern (sowohl funktionale Teile (Handyakku) als auch sichtbare Teile (Handygehäuse))

Bürgerempfehlungen für ProgRes III

- Bürger/innen über neue Rechte informieren und Bewusstsein schaffen (z.B. Marketing der Unternehmen, öffentliche Institutionen, soziale Medien)
- „Reparieren statt Finanzieren“ als Kernbotschaft.

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und WINDSTILLE zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- steuerliche Vorteile/Subventionen für Unternehmer, die langlebige Produkte herstellen
 - produktspezifisch garantierte Lebensdauer abhängig von Produktkategorie, in der Ersatzteilversorgung und Produktsupport (Software/Updates) sichergestellt sind (Transparenz für Verbraucher)
 - Festlegung gesetzlicher Mindestlebensdauer abhängig von Produktkategorie
- Verpflichtung der Hersteller zur Reparierbarkeit der Produkte (gesetzliche Vorgaben)
- Der Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturen muss leicht und niederschwellig ermöglicht werden (z.B. Reparaturzentren).

Andere Maßnahmen:

- proaktiver staatlicher Verbraucherschutz und verstärkte Qualitätskontrollen

Nutzen statt Besitzen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Viele Dinge, die wir besitzen (z.B. Werkzeuge oder Fahrzeuge), bleiben die meiste Zeit ungenutzt, weil wir sie gerade nicht selber brauchen. Würde man diese Dinge in der ungenutzten Zeit anderen Leuten zur Verfügung stellen, müssten sie dafür nicht neu angeschafft werden. Die Bundesregierung will deshalb Beratungs- und Förderprogramme entwickeln, um soziale Innovationen, wie z.B. nachbarschaftliche Initiativen zum gegenseitigen Verleihen von Werkzeugen oder die geteilte Nutzung von Autos und Fahrrädern zu fördern. Sie will zudem rechtliche Voraussetzungen z.B. Versicherungsschutz schaffen, die das Teilen von Privat zu Privat erleichtern.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Absicherung aller Nutzer auf rechtlich-versicherungstechnischer Ebene (Haftung, Versicherung)
- öffentliche Räume für den Austausch von Waren, Werkzeugen und Wissen zu schaffen
 - finanzielle Unterstützung der Kommunen bei Errichtung, Einrichtung und Betrieb

Bürgerempfehlungen für ProgRes III

- Information und Bewerbung einer Gemeinschaftsnutzung von Gebrauchsgütern
 - Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsangebote
- finanzielle Unterstützung für Kommunen, soziale Plattformen oder Initiativen, die Austausch und Teilen fördern

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und WINDSTILLE zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- öffentliche Nahverkehrsmittel attraktiver gestalten (z.B. Shuttleverkehr)
- Transparenz schaffen, wie Haftungsfragen geregelt sind (durch Informationskampagnen)

Andere Maßnahmen:

- finanzielle/steuerliche Entlastung der Nutzer von Gemeinschaftsprodukten & Einrichtung einer Task-Force zum Thema Postwachstumsökonomie: Wie lässt sich wirtschaften, ohne ständig alles neu produzieren zu müssen?
- Konkret:
 1. Bereitstellung von Geldern für pure Wirtschaftsforschung
 2. Bereitstellung von Geldern für Hochschulen mit alternativer und kritischer Wirtschaftsforschung
 3. Förderung von wissenschaftlichem interdisziplinärem Austausch

Vermeidung und Recycling von Abfällen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Um dem Ziel der Kreislaufwirtschaft näher zu kommen und mehr Rohstoffe aus Abfällen zu gewinnen, plant die Bundesregierung, eine Pfandpflicht für elektrische Haushaltsgeräte (so genannte „weiße Ware“). Die Maßnahme führt dazu, dass die Hersteller das Recycling viel stärker als bisher bei der Entwicklung ihrer Produkte berücksichtigen müssen. Ziel ist es, möglichst viele Stoffe weiter zu nutzen und den Anfall an Abfällen (konkret: Elektroschrott) zu verringern.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Pfandpflicht für elektrische Haushaltsgeräte umstritten
 - einerseits wird eine Ausweitung auf Produkte mit ressourcenrelevanten Bestandteilen (Elektronische Geräte, Waschmaschinen, LED's..) gefordert
 - andererseits wird die Pfandpflicht abgelehnt und stattdessen weniger Neuanschaffungen durch längere Gewährleistungen, eine „Abwrackprämie“ für Altgeräte und das Kontrollieren der Recyclingvorgänge der Firmen vorgeschlagen
- Ökologisches Bewusstsein und Verständnis durch Aufklärungskampagnen stärken

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und WINDSTILLE zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Aufklärungsarbeit über Ressourcenverwendung und Recyclingprozess
- Label für Nachhaltigkeit stärken/Einführung einer Recyclingskala (bspw. prozentuale Wiederverwendbarkeit)
- über Ländergrenzen hinweg/international handeln

Andere Maßnahmen:

- auf Langlebigkeit/Reparaturfähigkeit von Verbrauchsgütern hinwirken (durch gesetzliche Vorgaben, finanzielle Anreize)

Recycling von Verpackungen beim Online-Handel

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Immer mehr Menschen kaufen online ein und lassen sich ihre Waren direkt nach Hause liefern. Ein beachtlicher und steigender Teil der Einkäufe wird wieder an die Händler zurückgesendet. Für den Warenversand sind Verpackungen notwendig, deren Herstellung immer auch mit Umweltbelastungen verbunden ist. Durch Wiederverwendung der Versandverpackungen sollen Abfälle vermieden und die zur Herstellung notwendigen Ressourcen eingespart werden. Das neue Verpackungsgesetz (seit 1.1.2019) zielt auf besseres Recycling und Wiederverwertung von Versandverpackungen und mehr Produktverantwortung für den Inverkehrbringer. Mehrwegverpackungen sollen dadurch gefördert werden.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Verpflichtung auf angemessene Verpackungsgrößen
- Bonussystem zur Vermeidung von Retouren (z.B. Pfandsystem für Mehrwegverpackungen)
- Stärkung der Forschung/Förderung von Innovationen in der ökologischen, nachhaltigen Verpackungsentwicklung
- Information und Einbindung des Kunden bei Verpackungsmaterial (z.B. Wahlmöglichkeit und Bestätigung vor Kauf)
- Verbot umweltbelastender Verpackungen (insbesondere Einweg)

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und WINDSTILLE zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- gesetzliche Verpflichtung von nachhaltigen Mehrwegverpackungen umstritten
 - einerseits: Pfandsystem mit Leihstationen für Mehrwegverpackungen
 - andererseits: Verpackungsrückfluss nicht für möglich erachtet
- Beteiligung der Onlinehändler an den Recyclingkosten (s. Bürgervorschläge Erfurt und Ludwigshafen)

Andere Maßnahmen:

- Gebühren für kundenverschuldeten Rückversand
- Aufklärung des Verbrauchers über Umweltfolgekosten, Vernichtung zurückgesandter Artikel, recyclingfähige Verpackungen, Konsumverhalten
- Anpassung des Verpackungsgesetzes an den Online-Handel und Erweiterung um das Verbot von Chemikalien, die das Recycling von Verpackung stören oder behindern (Farben, Verbundstoffe etc.)

Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich gewinnen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

In vielen Ländern, aus denen Deutschland seine Rohstoffe bezieht, gibt es keine guten Arbeitsbedingungen. Zudem wird die Umwelt erheblich zerstört, z. B. durch den Bergbau. Deutschland arbeitet hier auf verbindliche Regeln für Mensch und Umwelt (Standards) bei der Rohstoffgewinnung hin. Dabei soll die unternehmerische Verantwortung entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette gestärkt werden, das bedeutet von der Gewinnung der Rohstoffe über die Produktion bis hin zum Verkauf des Produktes. Die Standards sollen in bestehende und geplante Handelsabkommen (zwischen einzelnen und mehreren Ländern) und Kooperationen aufgenommen werden. Sie müssen dann von den Unternehmen, die Rohstoffe abbauen, eingehalten werden. Die Bundesregierung unterstützt diese Prozesse.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Finanzielle Anreize für Unternehmen (Subventionen und Sanktionen)
 - Alternative: Anreize für die „breite Masse“ setzen, um Konsumverhalten zu ändern (z.B. Öko-Bonus/Steuern)
 - Europaweite Einfuhrbeschränkungen bzgl. umwelt- und sozialverträglichen Produkten
 - Missstände deutlich aufzeigen. Information der Bevölkerung und Wertevermittlung (Gerechtigkeit etc.)

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und **WINDSTILLE** zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Unabhängige Grundlagenforschung fördern für geringeren Rohstoffbedarf durch Entwicklung innovativer Produkte (grün, nachhaltig)
- BRD als Vorreiter für europaweite bzw. international koordinierte Lösungen

Transparenz entlang der Lieferkette

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Lieferketten von Unternehmen sind insbesondere bei komplexen Produkten sehr komplex und unübersichtlich. Oft wissen die Unternehmen am Ende der Lieferkette selbst nicht über die Herkunft aller Rohstoffe und deren Abbaubedingungen Bescheid. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich das ändert und Unternehmen mehr Verantwortung für die Rohstoffbeschaffung übernehmen. Allerdings ist der Handlungsspielraum begrenzt, da die Unternehmen, die die Rohstoffe liefern, aus aller Welt kommen. Die Bundesregierung kann über Abkommen mit anderen Ländern Einfluss nehmen. Deutschland erarbeitet gemeinsam mit anderen Ländern der „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) einen Leitfaden. Er hat das Ziel, Unternehmen zu helfen, Standards für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln entlang ihrer Lieferketten einzuhalten.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Förderung/gezielte Subventionen für kleinere, dezentrale/lokale/regionale Hersteller nachhaltig erzeugter Produkte
- Nicht nur auf nationaler Ebene umsetzen, sondern international

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und **WINDSTILLE** zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Aufklärung und Sensibilisierung der Verbraucher
 - Werbespots o. ä. (bevorzugte Werbemöglichkeiten (z. B. Werblock vor den Tagesthemen, öffentlich-rechtliche Werbeflächen) für nachhaltig arbeitende Unternehmen)
 - Seminare in Unternehmen (besondere Unterrichtsstunden)
 - überzeugende Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Schule oder andere Bildungseinrichtungen)

Andere Maßnahmen:

- Einführung eines einheitlichen, transparenten Gütesiegels, das eine nachhaltige Wertschöpfung bestätigt (z.B. Ampelsystem)
- Gezielte Sanktionen (am Gesamtumsatz orientiert) für Unternehmen, die nachweisbar stark umweltschädliche Wertschöpfungsketten aufweisen

Bildung für Ressourceneffizienz

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Viele Menschen wissen nicht, dass die Vorräte auf der Erde endlich sind und bei vielen Stoffen bereits zur Neige gehen. Oder es ist ihnen nicht bewusst bzw. sie verdrängen diese Tatsache. Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen kann nur dann erreicht werden, wenn unsere Wirtschaft sich nicht mehr an Wachstum orientiert und wenn unsere Gesellschaft insgesamt weniger konsumiert. Wichtig dafür ist Fähigkeit, die Zusammenhänge eines nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen zu verstehen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Ressourceneffizienz als Kernkompetenz verantwortungsbewussten Handelns in allen Bildungsbereichen verankert wird. Dazu müssen entsprechende Lehrkonzepte für Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und in der Weiterbildung entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- mehr Budget für Bildung in Bezug auf Ressourceneffizienz und nachhaltiges Wirtschaften
- insbesondere sollen Schülerprojekte zum Thema Nachhaltigkeit finanziell und personell unterstützt werden

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und **WINDSTILLE** zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Verankerung von Ressourceneffizienz und ökologischem Bewusstsein in den Bildungsplänen und in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte (s. Bürgerempfehlung Erfurt)
- Im Hinblick auf die Stimmigkeit müssen Bildungseinrichtungen sowohl baulich als auch betrieblich ressourceneffizient organisiert werden (z. B. durch die Regulation von Ressourcen in Bildungsstätten [z. B. Papierbegrenzung, Recyclingpapier]) und müssen Nachhaltigkeitsprinzipien vorleben sowie den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Denkanstöße geben
- Die föderale Struktur muss hinterfragt werden.

Andere Maßnahmen:

- mehr Praxisbezug im Bildungsalltag (z.B. Mensabetrieb, Exkursionen, Praktika)
 - Förderung hauptamtlicher/ehrenamtlicher Fähigkeiten in ressourcenschonender/-fördernden Bereichen (Projekte zur Aufklärung und direktem Schutz)

Nachhaltiges Bauen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Das Bauwesen gehört zu den ressourcenintensiven Wirtschaftszweigen. Aufgrund der großen Einsparpotenziale kommt dem Bauwesen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Ressourceneffizienz zu. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der effiziente Umgang mit Rohstoffen, genau wie der Schutz von Wasser, Luft, Boden und Fläche, als besonders zu berücksichtigende Belange im Baugesetzbuch (BauGB) genannt werden. Außerdem soll in öffentlichen Bauvorhaben der Einsatz von Recyclingmaterialien gefördert werden.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Reform des Baurechts/Baugesetzbuches zu Gunsten recyclingfähiger, nachhaltiger Baustoffe
- Förderung alternativer und energieeffizienter Wohnkonzepte (insbes. Smart Home und bedarfsorientierte modulare Wohneinheiten)
- Bevorzugung von nachhaltigen (auch wirtschaftlich!), ökologischen Baukonzepten (Selbstversorgerhäuser)

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und **WINDSTILLE** zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Entbürokratisierung zu Gunsten nachhaltiger Baustoffe
 - konkrete Vorgaben bei Upcycling-, Recycling- und Downcycling-Materialien bestehend aus nachwachsenden Rohstoffen und Rohstoffen mit niedrigem Energieeinsatz in der Erzeugung (z.B. Holz, Lehm, Textilien, Stroh, Papier)
- Erforschung, Zertifizierung und (staatliche) Förderung dieser Baustoffe
- wirtschaftliche/steuerliche Anreize schaffen
- Verdichtung + Benutzung von Bestandsbauten (Flächennutzung) (Denkmalschutz fördern)

Andere Maßnahmen:

- Limitierung nicht-nachhaltiger Produkte
- Begrenzung des Lobbyeinflusses der Bauindustrie
- Förderung des nachhaltigen sozialen Wohnungsbaus

Green Finance

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Die Europäische Kommission plant ein „Green Finance Ecolabel“. Damit sollen „grüne“ Investitionen (z.B. ökologische Geldanlagen) und Projekte auch von Privatpersonen gefördert werden. Die Bundesregierung setzt sich bei der EU-Kommission dafür ein, dass bei dem Label auch Aspekte einer verantwortungsvollen Rohstoffgewinnung und eine ressourceneffiziente Produktion einbezogen werden. Das Label soll z.B. Fonds auszeichnen, die ausschließlich Unternehmen führen, die einen verantwortungsvollen Rohstoffabbau garantieren und Umwelt- und Sozialstandards beim Abbau einhalten.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- gesellschaftliche Förderung von Nachhaltigkeit durch transparentes Öko-Label/Siegel (z.B. im Stile einer „Lebensmittelpel“)
- Förderung nachhaltiger Investments (z.B. durch staatlich garantierte Einlagensicherung)

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und **WINDSTILLE** zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- steuerliche Anreize zur Belebung von Ökoinvestitionen schaffen (z.B. EEG-Umlage bei Eigenerzeugung abschaffen und als „Sonder-AFA“ für breite Bürgerschaft verwenden)

Andere Maßnahmen:

- Aufklärung (z.B. durch finanzielle Bildung an Unis und Schulen)

Öffentliche Beschaffung

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Die Einkäufe öffentlicher Verwaltungen können den Markt für umweltfreundliche und ressourcenschonende Produkte stärken. Anforderung an die Ressourceneffizienz sollen bei der öffentlichen Beschaffung mittels einer rechtsverbindlichen Ausgestaltung des Vergaberechts stärker beachtet werden. Unter anderem sollen Behörden künftig beim Einkauf das nationale Umweltzeichen Blauer Engel bzw. die Vergabekriterien des Blauen Engels berücksichtigen müssen. Zusätzlich sollen öffentliche Verwaltungen prüfen, ob ausgesonderte Vermögensgegenstände, wie z.B. Büromöbel oder technische Geräte weiter genutzt werden können. Dafür soll eine Tauschplattform für Gebrauchtprodukte zwischen den Behörden aller Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) eingeführt werden.

Um **RÜCKENWIND** besser zu nutzen, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Maßnahme für Öffentlichkeit transparent machen
- Idee der Tauschplattform positiv aufgenommen

Bürgerempfehlungen für ProgRes III

Um möglichem **GEGENWIND** zu begegnen und WINDSTILLE zu verhindern, empfehlen die Teilnehmer/innen:

- Lösung für bürokratischen Aufwand finden (z.B. Ausschreibungen, Verwaltung der Tauschbörsen ...)
 - Vergabeverfahren dürfen nicht langwieriger und komplizierter werden
- Blauer Engel als Mindeststandard, besser: strengere Kriterien bzw. Fortschreibung Blauer Engel
- Öffentlichkeit über Tauschplattform informieren
- Vor der Entsorgung müssen Behörden zur Nutzung der Plattform verpflichtet werden, solange Produkte noch nutzbar sind
 - Alternative: gemeinnützigen Organisationen, Unternehmen oder Privatpersonen anbieten

Andere Maßnahmen:

- mehr Flexibilität überschüssiger Mittel (z.B. für Personal als für Anschaffung unnötiger Sachmittel) / Fehlkäufe vermeiden

Ansprechpartner und Bildnachweise

Ansprechpartner und Bildnachweise

Durchführung und Moderation des Bürgerdialogs

IKU_DIE DIALOGGESTALTER

Olpe 39

44135 Dortmund

Telefon: +49 2319311030

Internet: www.dialoggestalter.de

Ansprechpartner/innen: Bianca Bendisch und Andreas Kleinsteuber
bendisch@dialoggestalter.de, kleinsteuber@dialoggestalter.de

Umsetzung des Online-Dialogs

ontopica GmbH

Prinz-Albert-Straße 2b

53113 Bonn

Telefon: 0228 227229-0

Internet: www.ontopica.de

Ansprechpartner: Christoph Okpue, cok@ontopica.de

Bildnachweise

Alle Bildrechte liegen bei IKU_Die Dialoggestalter GmbH.

Anhang

Komplette Handlungssteckbriefe und Bürgerempfehlungen

In diesem Anhang befinden sich die vollständigen Handlungssteckbriefe mit Vorschlägen und Überlegungen des Bundesumweltministeriums zur Weiterentwicklung des Nationalen Ressourceneffizienzprogramms (kurz ProgRes III).

Jedem Handlungssteckbrief sind die zugehörigen Bürgerempfehlungen aus den drei Werkstätten zugeordnet. In der Regel gab es deshalb drei Bürgerempfehlungen pro Handlungssteckbrief, in Einzelfällen nur zwei.

Nachhaltiges Verkehrssystem

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Das aktuelle Verkehrssystem schadet der Umwelt und der Gesundheit. Konventionell motorisierte Fahrzeuge stoßen Schadstoffe aus, die die Qualität der Atemluft, des Wassers und der Böden verschlechtern. Elektromobilität bietet Stand heute keine abschließende Lösung, da die Rohstoffbeschaffung für Lithium-Ionen-Batterien Probleme birgt (Menschenrechtliche und ökologische Risiken beim Abbau von Lithium und Kobalt). Folgende Maßnahmen kann die Bundesregierung umsetzen:

Den nationalen Radverkehrsplans fortschreiben und eine bundesweite Fußgängerstrategie entwickeln.

Fahrleistungsabhängige Maut: Neben der bereits existierenden LKW-Maut könnte auch eine Bus- und Pkw-Maut eingeführt werden.

Orientierung der Kfz-Steuer am Fahrzeuggewicht (statt Hubraum), zusätzlich zur Abhängigkeit von den spezifischen CO₂-Emissionen.

Die vorhandenen Bundesfernstraßen mit einer Länge von über 51.000 Kilometern auf einem modernen Niveau erhalten und nicht weiter ausbauen.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Der Verkehr wird in der Zukunft eher zunehmen. Es gilt deshalb, Mobilität zu sichern, ohne Mensch und Umwelt übermäßig zu belasten. Eine Kfz-Steuer, die sich am Fahrzeuggewicht orientiert, setzt der Autoindustrie Anreize, umweltfreundlichere Autos zu bauen und senkt den Kraftstoffverbrauch. Radverkehrsplan und Fußgängerstrategie prägen eine Verkehrspolitik, die den Rad- und Fußverkehrsanteil erhöht. Die Maßnahmen sollen den Autoverkehr begrenzen und umweltfreundliche Verkehrsarten fördern.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Bürger/innen bieten sich künftig bessere Möglichkeiten, zwischen verschiedenen Mobilitätsformen zu wählen. Dadurch lassen sich Geld und Ressourcen sparen. Eine fahrleistungsabhängige Maut folgt dem Verursacherprinzip. Diejenigen, die höhere Infrastruktur-, Umwelt- und Gesundheitsschäden verursachen, zahlen mehr. Ähnlich verhält es sich bei einer Kfz-Steuer, die sich am Fahrzeuggewicht orientiert.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Der Mensch ist bequem, deshalb braucht es radikale Vorgaben und Veränderungen (Valencia und Kopenhagen)!</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rahmenbedingungen für Radfahrer und Fußgänger verbessern (z.B. Verkehrsfluss & Sicherheit) - Autoverkehr unattraktiver machen (z.B. innerstädtische Parkplätze reduzieren, Autofahren teurer machen) - Vergünstigungen/Anreize setzen für Nutzer der ÖPNV & Radfahrer - Ausbau ÖPNV (Erreichbarkeit ländlicher Regionen, Frequentierung) - Umdenken fördern anhand positiver Beispiele (z.B. autofreie Musterstadt) - Bahnverkehr stärken! (Daseinsvorsorge) - innerdeutschen Personenflugverkehr stark reduzieren/verbieten
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Kein vollkommenes Verbot für Autofahrer in Städten, sondern:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Attraktivität für Fahrradfahrer und Fußgänger erhöhen Ausbau von sicheren Fahrrad- und Fußgängerwegen kostengünstiger Nahverkehr für alle Steuernachlass bei Nutzung von öffentlichem Nahverkehr statt Maut Subventionierung von Nahverkehr in ländlichen Regionen → Abkopplung der reinen Wirtschaftlichkeit

Anhang

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung kleiner und flexibler ÖPNV-Angebote - Ausbau der Infrastruktur der Wasserstofftechnik voranbringen - Entwicklung einer fußgängerorientierten Stadtplanung - Ausbau Infrastruktur Schienennetz - mehr Güterverkehr auf die Schiene - keine weiteren Überlegungen zum Ausbau einer PKW/Bus-Maut - freiwerdende Ressourcen für Umsetzung o.g. Punkte einsetzen
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bau von weiteren Ortsumgehungen - autofreie Innenstädte, Parkplätze am Stadtrand (kostenfrei) - kostenfreier Nahverkehr (ev. Finanzierung über Maut) - Konzepte für Radwege, Trennung von Rad- und Fußwegen (E-Bikes + E-Roller) - Erhalt und Ausbau des Schienennetzes, insbes. für den Güterverkehr - innovatives Mobilitätsverhalten fördern (z.B. durch Steuern, Preise, Hubraum, Gewicht, u.a.)

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Wir fordern eine Politik nach dem Prinzip „Fördern statt sanktionieren“. Bestehende Fahrradwege müssen ausgebaut und sicherer (Trennung von Fuß- und Fahrradweg → abgegrenzte Fahrradwege) werden. Eine gerechtere Belastung der Autofahrer soll durch die optimierte KFZ-Steuer gewährleistet werden.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>/</p>

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>/</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Der beste Weg hin zu einem nachhaltigen Verkehrssystem führt über höhere Investitionen in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Damit weniger Autos genutzt werden, müssen alternative Verkehrsmittel bequemer und günstiger gemacht werden, insbesondere Car-Sharing sollte gefördert werden.</p>

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p><u>ÖPNV/DB:</u> Bundesweite einheitliche Umsetzung: günstiger, Ausbau des Streckennetzes zuverlässigeres, größeres Angebot, Shuttle-Busse zu S-Bahn</p> <p><u>Fahrzeug-Sharing:</u> Mehr Stationen, bessere Vernetzung zwischen den Städten, internationale Vorbilder prüfen, Shuttle-Busse zu S-Bahnen.</p> <p><u>Radwegnetz ausbauen</u></p> <p><u>Güterverkehr</u> International anschließen, elektrifizieren Von der Straße auf die Schiene</p> <p><u>Kerosinsteuer/-abgabe</u> Global und national. Wettbewerbsfähigkeit der Bahn leisten</p> <p><u>Pkw-Maut/Vignette:</u> Abgabe für ÖPNV KFZ-Steuer abhängig von Verbraucher und Gewicht</p>
--	--

<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau von Park & Ride, um den Verkehr in den Innenstädten zu verringern - Parkplätze/Parkhäuser für Fahrgemeinschaften - Vergünstigtes Parken für Fahrgemeinschaften - Bessere Information über laufende Projekte, z.B. Radverkehrsplan oder Fußgängerstrategie - Subventionierung von ÖPNV statt Individualverkehr - Visualisierung der Abgaswerte an den Straßen, um das Bewusstsein zu schulen.
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Man sollte mehr Aufklärung „installieren“ zu den tatsächlich beteiligten Interessen - Statt KFZ-Steuer eine Abgabe mit Zweckbindung schaffen - Die Verkehrswege sollten bundesweit koordiniert werden - So wie zum „Kohleanstieg“ sollte es eine Kommission zur „Verkehrsumsteuerung“ geben, dann müssen sich alle, auch die Autoindustrie z.B. öffentlich dem Dialog stellen - Parkplätze in der Innenstadt reduzieren - Noch mehr Subvention des ÖPNV, bessere Vernetzung der Verkehrsarten - Zuschuss/Förderung bei Radwegen
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Nationaler Radverkehrsplan und bundesweite Fußgängerstrategie sind politische „Nebelkerzen“ <u>Vernetzung der Systeme betrachten</u> - Keine Maut auf PKW und Bus, sondern über Mineralölsteuer beeinflussen - ÖPNV, Schiene und Wasserstraßen ausbau fördern und attraktiver gestalten -> faire Wettbewerb zu den Straßen - Innerdeutschen (regionalen) Flugverkehr nicht fördern

Wege zur Ausbildung oder zur Arbeit

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Wege zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz machen etwa ein Viertel der täglich zurückgelegten Personenkilometer aus und sind somit für einen erheblichen Teil des Verkehrsaufkommens verantwortlich. Die Bundesregierung plant verschiedene Maßnahmen um den Arbeitsverkehr zu reduzieren. Sie will die Entfernungspauschale abschaffen, wohnortnahe Arbeitsmöglichkeiten und den Bau von intermodalen Mobilitätsstationen fördern. Darüber hinaus könnten große Behörden und Betriebe zu einem Mobilitätsmanagement verpflichtet werden.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Viele Menschen pendeln mit dem Auto zum Ausbildungsplatz oder zur Arbeit. Ressourcen würden geschont, wenn Pendler umweltfreundlichere Verkehrsmittel nutzen oder geringere Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen müssten. „Intermodale“ Mobilitätsstationen sollen umweltfreundliche Verkehrsmittel für den Arbeitsweg attraktiver machen. Konkret verbirgt sich dahinter ein Netz von Umstiegspunkten (z.B. an Bahnhöfen), an denen leicht und komfortabel andere und vor allem umweltfreundliche Verkehrsmittel zur Weiterfahrt gewählt werden können (z.B. Car-Sharing, öffentlicher Verkehr, Fahrrad). Ausreichend Abstellplätze – vor allem für Fahrräder sicher und geschützt – sollten nicht fehlen.

Die Entfernungspauschale soll abgeschafft werden, damit lange Arbeitswege nicht länger steuerlich begünstigt werden. Die Förderung von Homeoffice und Co-Working kann kürzere oder weniger Arbeitswege ermöglichen. Ein verpflichtendes Mobilitätsmanagement hat das Ziel, das Verkehrsaufkommen zu verringern und die Fahrzeugauslastung zu erhöhen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Die ressourcenschonende Gestaltung der Arbeitswege erfordert eine tiefgreifende Veränderung der Arbeitskultur. Da die Wahl des Arbeitsplatzes nicht ausschließlich in der Hand der Bürger/innen liegt, kann die Abschaffung der steuer-sparenden Entfernungspauschale zu sozialen Härten führen. Kürzere Arbeitswege sparen Zeit, sind familienfreundlich und können die Lebensqualität erhöhen.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Investieren Sie in den Ausbau des ÖPNV:</p> <ul style="list-style-type: none"> - höhere Taktung - dichteres Netz - flexiblere Tarife <p>Die öffentliche Hand muss ihre Angestellten bei Jobtickets finanziell unterstützen, um Vorbild zu sein.</p> <p>Sehr wichtig ist auch der Ausbau von Fuß- und Radwegen.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Behalten Sie die KM-Pauschale bei! - Richten Sie Ihren Fokus auf den Ausbau des ÖPNV-Netzes und des Internets für eine moderne Arbeitswelt in Stadt und Land!
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - ÖPNV sollte ausgebaut und günstiger werden, um Arbeitnehmer zum Umstieg vom Individual- auf ÖPNV-Verkehr zu bewegen. - Unterstützung von Unternehmen, welche die Nutzung von ÖPNV durch ihre Mitarbeiter fördern.
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Abschaffung der Entfernungspauschale bestraft hauptsächlich Arbeitnehmer im ländlichen Raum bzw. aus sozial schwachen Familien.

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Eine bundesweite Vision zum klimafreundlichen Nahverkehr zu erarbeiten. Dies sollte folgende Aspekte berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> → kostenfreien und ausgebauten ÖPNV, d.h. bessere Zugänglichkeit → bedarfsgerechte Kapazität → attraktive Schnittstellen zu anderen Verkehrsmitteln (z.B. Park & Ride, Fahrradmitnahme, Einkaufsmöglichkeiten) → ausgebaute, sichere, schnelle Radwege
--	--

	<p>→ weitere Infrastruktur für Fahrräder, z.B. Parkmöglichkeiten, Leihstationen, Fahrradwerkstätte</p> <p>→ Vermeidung von langen Fahrzeiten- und -strecken durch Förderung von wohnortsnahen Arbeitsplätzen und/oder Homeoffice</p> <p>Diese Vision, ist wie folgt umzusetzen:</p> <p>→ Bereitstellung von Geldern, Knowhow und Beratungsangebot für die <u>kommunale</u> Umsetzung;</p> <p>→ wirksame Kontrolle der Umsetzung, z.B. durch Sanktionen, Gesetze, positive Anreize, Rechenschaftspflicht</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Die Mentalität der Bürger*innen ist durch Anreize positiv zu beeinflussen!</p> <p>→ Gelder für den Ausbau des ÖPNV bereitstellen, um Bereitschaft zur Nutzung von intermodalen Mobilitätsstationen zu erhöhen</p> <p>→ Behörden und Betriebe bei der Finanzierung von Mobilitätsstationen fördern (Fahrradstellplätze, Park & Ride, Carsharing Stellplätze)</p> <p>→ Unternehmen fördern, die Gleitzeit- und Homeoffice Arbeitsplätze bereitstellen</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Allen Bürger*innen Vorteile der klimafreundlichen Vision zu Gute kommen lassen,</p> <p>→ z.B. durch Etablierung von sog. Testphasen von kostenfreiem ÖPNV in Innenstädten.</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Keine Abschaffung der Entfernungspauschale, sondern finanzielle Anreize für umweltfreundliche Alternativen schaffen (für Unternehmen und Arbeitnehmer).</p> <p>Entfernungspauschale für Radfahrer erhöhen (u. ÖPNV + Fahrgemeinschaften).</p>

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau/Sanierung des Schienennetzes und Erweiterung des ÖPNV-Angebotes, um Anbindungen zu schaffen - Erweiterung der Fahrzeiten im ÖPNV (für Schichtarbeiter, Heilberufe) - Einführung von preisgünstigen Tarifen bzw. Nulltarif
--	--

	<ul style="list-style-type: none"> -> Kommunale Finanzierung aus Bundesebene heben, kommunale Grenzen der ÖPNV-Gestaltung werden aufgehoben - Rückführung von Infrastruktur wie Straße & Schiene in die öffentliche Hand
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bei Abschaffung der Entfernungspauschale müssen soziale Härten abgemildert werden - Um Anreize zum Umstieg vom Auto auf ÖPNV zu schaffen, muss das öffentliche Verkehrsnetz verbessert werden: <ul style="list-style-type: none"> - bessere Taktung - Preislich attraktiv (ggf. mehr Subvention) - schnelle Verbindungen - Länder/Kreisgrenzen übergreifende Sichtweise - Erleichterung, Heimarbeitsplätze einzurichten; z.B. durch Vereinfachung der rechtlichen Vorschriften - Steuerliche Erleichterung/Bevorzugung von Heimarbeitsplätzen
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung, dass bei mehreren Berufstätigen im Haushalt eine Nähe zum Arbeitsplatz nicht möglich ist - Schaffung von Anreizen für Unternehmen zur Unterstützung von Home-Office und dezentralen Büros - Verlässlichkeit der Bahn/ÖPNV schaffen durch mehr Bahnen/Busse, Sanierung und Erweiterung von Schienensystemen - Kreis/Landes-übergreifende Planung des ÖPNV
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Umwandlung der steuerlichen Entfernungspauschale in einen Zuschuss zu Fahrtkosten für Arbeitswege (Geringverdiener profitieren mehr)

Ökodesign und Lebensdauer

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Die Bundesregierung möchte langlebige Konsumprodukte fördern. Sie setzt sich deswegen dafür ein, dass Hersteller bei deren Gestaltung die Materialeffizienz berücksichtigen und umsetzen (z.B. Werkstoffe verwenden, die langlebiger und ökologischer sind). Solche Anforderungen werden z.B. in der EU-Ökodesign-Richtlinie festgelegt, die – einmal für ein Produkt verabschiedet – für alle Hersteller dieses Produktes verpflichtend ist. Die Bundesregierung arbeitet gemeinsam mit der EU-Kommission darauf hin, dass die Hersteller auch bei der Nutzungsdauer und Reparierbarkeit mehr Verantwortung für ihre Produkte übernehmen. Konkret setzt sich die Bundesregierung für folgende Maßnahmen ein:

Kund/innen sollen ihre Ansprüche auf Gewährleistung länger geltend machen können.

Hersteller müssen nachweisen, dass sie bei einem Mangel nicht gewährleistungspflichtig sind. („Beweislastumkehr“). Bisher muss das der Kunde oder die Kundin beweisen.

Hersteller müssen über die garantierte Lebensdauer ihrer Produkte informieren.

Hersteller müssen Ersatzteile und Konstruktions- bzw. Reparaturinformationen bereitstellen.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Durch diese Maßnahmen werden zusätzliche Kaufkriterien geschaffen, die den Kauf langlebiger Produkte fördern. Damit möchte die Bundesregierung den Marktanteil von Produkten mit einer längeren Lebensdauer erhöhen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Die Rechte von Konsument/innen werden gestärkt. Die Hersteller und Händler werden einen höheren Aufwand haben, z.B. weil sie Ersatzteile vorrätig haben müssen. Insbesondere Produkte im niedrigeren Preissegment können teurer werden.

Erfurt

Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:	<ul style="list-style-type: none">- Die Bundesregierung soll den gesetzlichen Rahmen für Gewährleistungen im Hinblick auf eine längere Nutzungsdauer für Produkte erweitern. Gestaffelt nach Produktwert, Beweislastumkehr zugunsten des Verbrauchers.- Quote für Recyclingfähigkeit von Produkten einführen, Quote für Sekundärrohstoffe bei Herstellung neuer Produkte etablieren.
---	---

	<ul style="list-style-type: none"> - Vorgaben für modularen Produktaufbau ab Preiskategorie von... → Staffelung nach Warenwert. Folge davon: verbesserte Reparaturfähigkeit. - Kennzeichnungspflicht für Ökobilanz von Produkten
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Schutz vor „schlechter“ Konkurrenz durch proaktiven, staatlichen Verbraucherschutz und verstärkte Qualitätskontrollen - Unternehmen überzeugen, dass in Zukunft Service, Wartung und Instandhaltung lohnenswerter sind → zukünftiges Businessmodell mit Mehrwert dank Kundenbindung - Förderung von neuen, qualifizierten Unternehmen, die Hersteller entlasten und lokal Reparaturen anbieten. - Hersteller und Verbraucher entlasten, indem es steuerliche Vorteile für langlebige/umweltschonende Produkte gibt.
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - zeitnahe Schaffung von Reparaturzentren zur Behebung technischer Probleme und Anleitung zur Selbsthilfe - Verhinderung der „geplanten Obsoleszenz“ - Verpflichtung der Hersteller zur Reparierbarkeit der Produkte (gesetzliche Vorgaben) - Open Source-Software-Programmierbarkeit - Festlegung Mindestlebensdauer (Transparenz für Verbraucher) - Kompatibilität für viele Produkte
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Regelungen für Transparenz der gesamten Wertschöpfungskette/Lebenszyklus - Kennzeichnungspflicht von Produkten (staatl. Standardisierung) – ehrlich, vergleichbar, verständlich - Förderung von Produkten aus wiederverwertbaren Materialien - Verbraucherschutz stärken (Gewährleistung, Reparaturfreundlichkeit, Anspruch auf Information) - Reduzierung der MwSt. auf ausgewiesenes Öko-design

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Das Reparieren defekter Geräte muss sich für Anbieter und Verbraucher finanziell lohnen. Dafür sollten geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.</p> <p>Um den Einfluss auf globale Unternehmen zu erhöhen, sollten die Vorhaben auf EU-Ebene eingebracht und umgesetzt werden. Dazu zählen die Verfügbarkeit von Ersatzteilen, garantierte Lebensdauer und gesetzliche Gewährleistung.</p> <p>Die Bürger*innen sollten über die neuen Rechte informiert werden, um sie einfordern zu können.</p> <p>Der Verbraucherschutz sollte gegenüber den Unternehmen konsequent durchgesetzt werden.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Garantierte Lebensdauer auf Software bzw. Updates ausweiten.</p> <p>Ersatzteilverpflicht: Nicht nur für funktionale, sondern auch ästhetische Teile → gebrauchte Geräte attraktiver machen</p> <p>Positivreiz (z. B. Steuererleichterung) für Unternehmen schaffen: die reparierbare Produkte anbieten, die nachweislich Arbeitsplätze für die Reparatur schaffen</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Der Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturen muss leicht und niederschwellig ermöglicht werden. Hierdurch kann verhindert werden, dass aus Bequemlichkeit auf Reparaturen verzichtet wird.</p> <p>Die Bundesregierung sollte mit ihrer Politik dazu beitragen, dass ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit in der Bevölkerung geschaffen wird. Das kann durch Bildungsangebote, Kampagnen und persönliches Engagement passieren. So kann der Mentalität der Wegwerfgesellschaft etwas entgegengesetzt werden. „Reparieren statt finanzieren!“</p>

<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Spätere Beweislastumkehr, bzw. längere Gewährleistung nur mit Reparaturpflicht sinnvoll. → Um Verschrottung reparaturfähiger Geräte zu verhindern</p> <p>Keine Ausnahmeregelungen für einzelne Unternehmen → Gleichbehandlung</p> <p>Gleiche Konditionen für alle Kunden (z.B. Privat- und Geschäftskunden)</p> <p>Mindestlebensdauer für Produktkategorien festlegen (z.B. 5 Jahre für alle Wasserkocher) → ähnlich AFA-Tabellen</p>
--	--

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung eines Ökosiegels für Langlebigkeit und Reparierbarkeit - Bund und Länder sind verpflichtet, nur Produkte mit diesem Ökosiegel zu verwenden - Subventionierung durch geringe Steuer auf öko-zertifizierte Produkte/Ersatzteile - Hersteller müssen Kontaktadressen für Reparaturwerkstätten angeben und ggf. Anleitungen für Selbstreparaturen anbieten. - Garantiezeit verlängern - Subvention von Werkstätten/ Vereinen, die Reparaturen anbieten
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Längere Gewährleistung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - steuerliche Vorteile/Subventionen für Unternehmer, die langlebige Produkte herstellen - Finanzielle Anreize (vergleichbar Abwrackprämie) für Endverbraucher, die ökologisch korrekte Produkte kaufen - Ampel für Langlebigkeit (wie beim Energieverbrauch) - reduzierte MwSt.-Sätze (z. B. 7%) für umweltfreundliche Produkte (Ökologischer Fußabdruck für jedes Produkt) - Bewusstsein beim Endverbraucher schaffen durch unterschiedliche Aktivitäten (z.B. Marketing der

	<p>Unternehmen, öffentliche Institutionen, soziale Medien)</p> <p>Beweislastumkehr:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einführung einer Qualitätsampel oder anderer Siegel für Unternehmen -> Öko -> Umweltgüte -> positives Unternehmensimage -> Kundenbindung <p>Garantierte Lebensdauer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Made in Germany“ aufwerten, wie z.B. als Qualitätssiegel von deutschen Produkten um Langlebigkeit der Produkte im internationalen Vergleich hervorzuheben, wie z.B. Investition in Ausbildung von Fachkräften / Förderprogramme
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Wir empfehlen die Einführung eines Reparierbarkeitsindex für Transparenz bei der Kaufentscheidung. Abgeleitete Vorschriften und Anreize (steuerliche Vorteile) sollten Entwicklung, Produktion und Betrieb reparierbarer Produkte fördern.</p> <p>Ersatzteile/Preise sollen in Relation zum Gesamtprodukt stehen.</p> <p>Wir empfehlen, Anreize zur Entwicklung und Produktion von modularen bzw. Plattform-basierten Produkten zu setzen, so dass im Gerät Innovationen implementiert werden können. (Upgrade Fähigkeit)</p> <ul style="list-style-type: none"> -Bepreisung des anteilmäßig zu hohen Downcycling/Downgrading -Innovativere Nutzungsformen statt Kauf
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Wir fordern eine Verlängerung der Gewährleistung (inkl. Beweislastumkehr) im Produktlebenszyklus.</p> <p>Wir fordern eine produktspezifisch garantierte Lebensdauer, in der Ersatzteilversorgung/Produktsupport sichergestellt sind.</p> <p>Wir fordern „Recycling by Design“, also einheitliche und recyclebare Stoffe.</p> <p>Wir fordern Modulbauweise/Reparierbarkeit von Massenprodukten (z.B. austauschbare Handyakkus).</p>

Nutzen statt besitzen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Viele Dinge, die wir besitzen (z.B. Werkzeuge oder Fahrzeuge), bleiben die meiste Zeit ungenutzt, weil wir sie gerade nicht selber brauchen. Würde man diese Dinge in der ungenutzten Zeit anderen Leuten zur Verfügung stellen, müssten sie dafür nicht neu angeschafft werden. Die Bundesregierung will deshalb Beratungs- und Förderprogramme entwickeln, um soziale Innovationen, wie z.B. nachbarschaftliche Initiativen zum gegenseitigen Verleihen von Werkzeugen oder die geteilte Nutzung von Autos und Fahrrädern zu fördern. Sie will zudem rechtliche Voraussetzungen z.B. Versicherungsschutz schaffen die das Teilen von Privat zu Privat erleichtern.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Damit die geteilte und damit auch intensivere Nutzung von Gütern vorankommt, sollte in der Bevölkerung das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass man nicht alle Dinge, die man benötigt, kaufen muss sondern dass man sie auch mit anderen teilen kann. So können sich nachhaltige Lebensstile entwickeln, die auf die unnötige Anhäufung materiellen Besitzes verzichten.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Durch das Teilen von Dingen können die Beteiligten zugleich Geld sparen und die Umwelt schonen.

Erfurt

Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:	<ul style="list-style-type: none">- Das Mieten von Gebrauchsgütern könnte mit einem günstigeren Umsatzsteuersatz belegt werden.- Förderung einer Kampagne zur Bewerbung einer Gemeinschaftsnutzung von Gebrauchsgütern- Förderung einer Begegnungskultur mit dem Zweck gemeinschaftlicher Nutzung- Entwickeln und Fördern von Versicherungsmodellen für Nutzer und Eigentümer- Bereitstellung öffentlicher Räume für gemeinsame Gartennutzung
---	---

Anhang

Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:	<p>Wir empfehlen der Bundesregierung:</p> <ul style="list-style-type: none">- eine finanzielle Entlastung der Nutzer von Gemeinschaftsprodukten zu schaffen- Absicherung aller Nutzer auf rechtlich-versicherungstechnischer Ebene- Vereinfachung der Gewerbesteuer (keine zusätzlichen Steuern, wenn als Gewerbe angesehen)
Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:	<ol style="list-style-type: none">1. Unterstützen Sie die Kommunen finanziell bei Errichtung, Einrichtung und Betrieb von Räumlichkeiten zur gemeinschaftlichen Nutzung von Maschinen und Geräten. Schaffen Sie den rechtlichen Rahmen dafür!2. Propagieren und fördern Sie Car- und Bike-Sharing, z.B. durch Aktionstage u. ä.!3. Fördern Sie den Betrieb von Repair-Cafés!4. Fördern Sie den Shuttleverkehr (Kleinbusse) im ländlichen Bereich nach dem Vorbild „Dolmus“ (Türkei) und schaffen Sie den rechtlichen Rahmen dafür!
Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:	<ul style="list-style-type: none">- keine Reglementierung bzgl. gemeinsamer Nutzung- Förderung von Kommunen und privater Investoren bei der Errichtung und Betreiben von Ausleihstationen

Hannover

Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:	<p>Unsere Vision ist eine Abkehr von der Eigentums- zur Nutzungsgesellschaft. Wir hoffen, dass gesellschaftliches Bewusstsein für das Teilen gestärkt wird und auch in (Groß-) Städten lokale Gemeinschaften gebildet werden können.</p> <p>Um diese Ziele zu erreichen, empfehlen wir der Bundesregierung, öffentliche Räume für den Austausch von Waren, Werkzeugen und Wissen zu schaffen. Im Rahmen dessen, muss die Bundesregierung über Anweisungen und finanzielle Unterstützung an die kommunale Ebene Anlaufstellen für Bürger schaffen, die Information und Vermittlung bieten.</p> <p>Weiterhin sollte finanzielle Unterstützung für soziale Plattformen oder Initiativen, die Austausch und</p>
---	---

Anhang

	Teilen fördern, gewährt werden. Zudem ist der Gesetzgeber in der Pflicht, die rechtlichen Rahmenbedingungen für risikofreies Teilen zu schaffen (insbesondere in Bezug auf Haftung und Versicherung, etc.).
Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:	/
Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:	Bürger*innen für das Teilen gewinnen und begeistern, indem die Bundesregierung Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsangebote (auch an Schulen und Universitäten) fördert.
Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:	Mehr in Richtung steuerlichen Spielraum zu denken, z. B. ob Steuererleichterungen für den Kauf von Gebrauchtwagen denkbar wäre. Eine allgemeine Task-Force-Offensive zu alternativen Wirtschaftsformen fördern. Stichwort: Postwachstumsökonomie oder wie lässt sich wirtschaften, ohne alles ständig neu produzieren zu müssen?

Ludwigshafen

Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:	<ul style="list-style-type: none"> - Einfache Regelungen für Haftungsfragen schaffen - Über Tauschbörsen und Entleihmöglichkeiten informieren/ dafür werben - Finanzielle Unterstützung der Kommunen, um Strukturen aufzubauen und zu pflegen
Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:	<ul style="list-style-type: none"> - Transparenz schaffen, wie Haftungsfragen geregelt sind (durch Informationskampagnen) - Förderung von kommunalen Angeboten für Plattformen zum Teilen - Einen einfachen rechtlichen Rahmen schaffen für gemeinsames Eigentum - Förderung kommunaler Verleihangebote für Maschinen etc. - Multifunktionale Flächen zur Verfügung stellen, z.B. für Reparaturwerkstätten

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Miet- und Tauschsystemen - Öffentliche Nahverkehrsmittel attraktiver gestalten - Finanzielle Anreize schaffen für öffentliche Nahverkehrsmittel - Ausbau und Werbung erhöhen für öffentliche Werkstätten und Tauschsysteme für Reparaturen von Altgeräten - Rechtliche Rahmen schaffen für die Erleichterung von Versicherungsregelungen
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Wir empfehlen, dass...</p> <ul style="list-style-type: none"> ...die Bürger nicht per Gesetz zum Teilen verpflichtet werden. ...die Wirtschaft nicht außen vor gelassen wird. ...Angebote zur gemeinschaftlichen Nutzung von Gegenständen in Vereinen oder kommunal organisiert werden. Dafür sollten Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. ...Soziale Projekte und der zweite Arbeitsmarkt integriert werden. ...mit Leuchtturmprojekten ein gesellschaftliches Umdenken angeregt wird. ...Betreibermodelle gefördert werden (z. B Leasingprogramm) ...die Angebote digital vernetzt werden.

Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich gewinnen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

In vielen Ländern, aus denen Deutschland seine Rohstoffe bezieht, gibt es keine guten Arbeitsbedingungen. Zudem wird die Umwelt erheblich zerstört, z. B. durch den Bergbau. Deutschland arbeitet hier auf verbindliche Regeln für Mensch und Umwelt (Standards) bei der Rohstoffgewinnung hin. Dabei soll die unternehmerische Verantwortung entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette gestärkt werden, das bedeutet von der Gewinnung der Rohstoffe über die Produktion bis hin zum Verkauf des Produktes. Die Standards sollen in bestehende und geplante Handelsabkommen (zwischen einzelnen und mehreren Ländern) und Kooperationen aufgenommen werden. Sie müssen dann von den Unternehmen, die Rohstoffe abbauen, eingehalten werden. Die Bundesregierung unterstützt diese Prozesse.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Deutschland und die EU erhalten durch Abkommen, in denen solche Standards integriert sind, einen besseren Zugang zu Rohstoffen in den Partnerländern. Deutschland übernimmt Verantwortung für die Umwelt und die Menschen in den Abbaugebieten. Abkommen helfen, Konflikte zu vermeiden. Unternehmen müssen sich stärker mit den Umweltrisiken der Rohstoffgewinnung am Anfang ihrer Lieferkette auseinandersetzen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Rohstoffe und Produkte können teurer werden, da die Einhaltung von Standards Geld kostet. Unternehmen, die Rohstoffe aus Gebieten ohne vergleichbare Standards beziehen, haben einen Preisvorteil.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - faire Handelsabkommen - Förderung regionaler Wertschöpfungsketten - Förderung der Wasserstofftechnologie statt umweltzerstörerischer Batterien
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Senkung und Reduzierung der Rüstungsausgaben
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Anreize für die „breite Masse“ setzen, um Konsumverhalten zu ändern (z.B. Öko-Bonus/Steuern). - Förderung von Forschung und Innovation für Umwelttechnologie und alternative/nachhaltige Rohstoffe (grün, nachhaltig) - Umwelttechnologie als Wirtschaftsfaktor (Arbeitsplätze, Export von Technologie und Know-how) - Missstände deutlich aufzeigen. Information der Bevölkerung und Wertevermittlung (Gerechtigkeit etc.) - BRD als Leuchtturm für konkrete Standards (Vorreiter), um EU-weites Umdenken und Handeln zu fördern

<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Umwelt ist das höchste Gut = Lebensgrundlage für alle - deshalb „neue“ Werteorientierung hin zu Generationengerechtigkeit - Umweltschutz ist immervor wirtschaftlichen Individual- oder Unternehmensinteressen zu setzen. Keine Erpressung dulden. - Reststoffe sind Ressourcen. Kreislaufschließung global erreichen. - Koppelung von Energie- und Ressourceneffizienz priorisieren - finanzieller Ausgleich an „Rohstoffländer“ (Dritte Welt) für angerichtete Schäden. Konzerne in Pflicht nehmen, die Profite gemacht haben.
--	---

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Information der Bevölkerung über (geltende) Standards - Einführung eines Labels bzgl. der Einhaltung dieser Standards -> hohe Anforderungen für die Vergabe des Labels - <u>Unabhängige</u> und transparente Kontrollen über Einhaltung der Standards - Finanzielle Anreize für Unternehmen (Subventionen und Sanktionen) -> Verwendung von Rohstoffen darf nicht kostenlos sein
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Nicht in die Regelungen für Arbeitsbedingungen im Ausland direkt eingreifen 2. Nicht nur auf isolierte deutsche Ansätze setzen, sondern auf europaweite bzw. international koordinierte Lösungen setzen (z.B. Global Compact)

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Wachstumsdenken, insbesondere in Unternehmen muss sich verändern -> unter Berücksichtigung der begrenzten Rohstoffe - Europaweite Einfuhrbeschränkungen bzgl. umwelt- und sozialverträglichen Produkten - Unabhängige Grundlagenforschung fördern für geringeren Rohstoffbedarf durch Entwicklung innovativer Produkte - Abbaubedingungen bei Handelsabkommen aushandeln
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> Globale Standards und ethischen Codex bei der Erstellung und Durchsetzung unterstützen Weitere wirtschaftliche Ziele fördern jenseits von Marktanteil, Umsatz und Gewinn Listen von Firmen (Positiv/Negativ) beruhend auf Nachhaltigkeitsbewertung Förderung von EU-Initiativen, um mehr Durchschlagskraft zu erzeugen Internationale Standards erarbeiten, um Kriegsgebiete und Umweltzerstörung auszuschließen Transparenz über internationale Produktionsbedingungen herstellen

Transparenz entlang der Lieferkette

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Lieferketten von Unternehmen sind insbesondere bei komplexen Produkten sehr komplex und unübersichtlich. Oft wissen die Unternehmen am Ende der Lieferkette selbst nicht über die Herkunft aller Rohstoffe und deren Abbaubedingungen Bescheid. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass sich das ändert und Unternehmen mehr Verantwortung für die Rohstoffbeschaffung übernehmen. Allerdings ist der Handlungsspielraum begrenzt, da die Unternehmen, die die Rohstoffe liefern, aus aller Welt kommen. Die Bundesregierung kann über Abkommen mit anderen Ländern Einfluss nehmen. Deutschland erarbeitet gemeinsam mit anderen Ländern der „Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) einen Leitfaden. Er hat das Ziel, Unternehmen zu helfen, Standards für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln entlang ihrer Lieferketten einzuhalten.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Es gehört zur Verantwortung von Unternehmen, sich systematisch mit den Umweltrisiken der Rohstoffgewinnung am Anfang ihrer Lieferkette auseinanderzusetzen. Unternehmen können den Leitfaden nutzen, um systematisch mit ökologischen und sozialen Risiken bei der Rohstoffgewinnung und Herstellung von Halbleitern umzugehen und regelmäßig darüber zu berichten. Der Leitfaden bietet die Grundlage, eine entsprechende Regelung auf EU- oder Bundesebene durchzusetzen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Transparenz und Kontrolle haben ihren Preis: Zulieferungen werden möglicherweise teurer, wenn Unternehmen verpflichtet sind, nur da zu kaufen, wo Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden. Noch offen ist der Umgang mit Stoffen, die nur in Regionen vorkommen, wo es wenig oder keine Standards gibt.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Vermarktung regionaler Produkte - internationale Regelungen anstreben (EU-Politik, ...) - Sensibilisierung der Verbraucher
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - transparente Kennzeichnung der Herkunft und Produktion - mehr Schiene statt Straße
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>/</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Leitfaden nur als ersten Schritt festlegen, zeitnah bindende Regelungen aufstellen! - Nicht nur auf nationaler Ebene umsetzen, sondern international (Vorbild UNEP) - Einführung eines verbraucherfreundlichen Labels! (z.B. Ampelsystem)

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Gezielte Subventionen (bis zur Genehmigungsgrenze) für kleinere, dezentrale Produktionsstandorte nachhaltig erzeugter Lebensmittel.</p> <p>Einführung eines einheitlichen, transparenten Gütesiegels, welches nachhaltige Wertschöpfung bestätigt.</p> <p>Aufbau eines internationalen Forschungsprojekts zur Erzeugung nachhaltiger Alternativen zu umweltgefährdenden Ressourcen, welche begrenzt verfügbar sind. Hier sollte auf Patente verzichtet werden.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Gesetzliche Verpflichtung der Unternehmen, alte Waren im Austausch gegen Preisnachlässe bei neuen Produkten zurückzunehmen.</p> <p>Gezieltes Vorgehen gegen Unternehmen mit stark umweltschädlichen Wertschöpfungsketten durch Sanktionen oder ähnliches</p> <p>Bevorzugte Werbeverteilung für nachhaltige Unternehmen.</p> <p>→ geringere Werbekosten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.</p> <p>Kommunen werden angehalten, nachhaltige Unternehmen bei der Verteilung von Werbeflächen zu bevorzugen.</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Aufklärung der Bürger*innen durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Werbespots o. Ä.; → Seminare in Unternehmen (besondere Unterrichtsstunden); → überzeugende Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Schule oder andere Bildungseinrichtungen) <p>Aktiengesellschaften müssen auch Wertschöpfungskette veröffentlichen.</p> <ul style="list-style-type: none"> → Provokation von Skandalen → bei Bilanzen bereits üblich → Ziel: fehlende Nachhaltigkeit = fehlender Umsatz

Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:	Lobbyismus auf nationaler, aber auch EU-Ebene, muss eingeschränkt werden (mehr Aufklärung). Weniger Verflechtung von Politik und Wirtschaft Der Einfluss der Öffentlichkeit bei diesem Sachverhalt darf nicht unterschätzt werden.
---	--

Vermeidung und Recycling von Abfällen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Um dem Ziel der Kreislaufwirtschaft näher zu kommen und mehr Rohstoffe aus Abfällen zu gewinnen, plant die Bundesregierung, eine Pfandpflicht für elektrische Haushaltsgeräte (so genannte „weiße Ware“).

Die Maßnahme führt dazu, dass die Hersteller das Recycling viel stärker als bisher bei der Entwicklung ihrer Produkte berücksichtigen müssen. Ziel ist es, möglichst viele Stoffe weiter zu nutzen und den Anfall an Abfällen (konkret: Elektroschrott) zu verringern.

Warum wird diese Maßnahme geplant?

Recycling von weißer Ware hilft, wertvolle Metalle wieder zu gewinnen. Gleichzeitig dient die Kreislaufwirtschaft dazu, dass weniger Müll entsteht, der behandelt und deponiert werden muss.

Welche Auswirkungen hat die Maßnahme?

Die Anforderungen an Produkte steigen, wenn die Hersteller von Produkten stärker für die Recyclingfähigkeit verantwortlich sind. Beispielsweise müssen Hersteller ihre Produktionsprozesse überdenken und Lagerkapazitäten für zurückgenommene Ware schaffen. Mehrkosten für Entwicklung und Recycling können zu höheren Preisen führen. Der Handel wird bei der Rücknahme von Geräten eine Rolle spielen, ebenso müssen Kund/innen möglicherweise ihre Altgeräte anders entsorgen als bisher.

Erfurt

Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:	- Unterstützung + Zuschüsse für Reparaturmöglichkeiten durch autorisierte/ehrenamtliche Helfer - gesetzliche Rahmenbedingungen zur besseren Weiterverwertung von Gebrauchsgegenständen (Elektrogeräte)
---	---

Anhang

<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Die Rücknahme reicht nicht. Nachhaltiges Verwerten muss geregelt werden. Die Recyclingvorgänge müssen verbrauchernah stattfinden, kontrolliert und durch ein „Pfandsystem“ finanziert werden. Um die Akzeptanz beim Verbraucher zu erhöhen, sind die Gewährleistungszeiten zu verlängern. Höhere Produktqualitäten verlängern die Lebensdauer. Das „Pfandsystem“ muss EU-weit gelten.</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Kontrolle beim Recycling in Verbindung mit dem Hersteller! - Information und Aufruf an den Verbraucher - Verpflichtung der Hersteller auf Rücknahme - zur Vermeidung von Sollbruchstellen verpflichtende Verlängerung der Garantiezeiten
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Liebe Bundesregierung, wir sprechen uns gegen eine Pfandpflicht für elektrische Haushaltsgeräte aus.</p> <p>Wir empfehlen folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> - weniger Neuanschaffungen durch längere Gewährleistungen - eine „Abwrackprämie“ für Altgeräte - das Kontrollieren der Recyclingvorgänge der Firmen - ein Erfahrungsaustausch über Ländergrenzen hinweg → EU

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>1. Anreiz für häufigere Nutzung von Wertstoffhöfen schaffen.</p> <p>→ Einbezug von Wertstoffhöfen im Pfandprozess von Elektrogeräten (mehr Alternativen für Rückgabe der Geräte schaffen)</p>
--	--

<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Einführung von Subventionen für Hersteller und Konsumenten zur Herstellung /zum Kauf von ressourcenschonenden Geräten.</p> <p>Gebrauchsanweisungen & Tipps für eine ressourcensparende Nutzung aller Arten von Elektrogeräten. Auch um den Nutzer die damit einhergehenden Vorteile deutlich zu machen (z.B. Wassereinsparungen pro Jahr).</p> <p>Die gesetzliche Versorgung aller Haushalte mit <u>genügend</u> Plastik- & Papiertonnen anstatt Müllsäcken.</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Aufklärungsarbeit über Ressourcenverwendung und Recyclingprozess:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Händler und Hersteller sollen aktive Aufklärungsarbeit beim Verkauf der Elektrogeräte leisten. So wird das Bewusstsein des Einzelnen gesteigert. → Einführung einer Recyclingskala (bspw. prozentuale Wiederverwendbarkeit), vgl. Energieeffizienzskala. → bildliche Darstellung des Lebenszyklus als ablösbarer Sticker auf elektronischen Geräten. → zusätzlicher QR-Code, der zu einem Aufklärungsvideo führt. <div data-bbox="826 1167 1366 1563" data-label="Diagram"> <p>Beispiel: Sticker Ablagefläche Waschmaschine</p> </div> <p>Beispiel: Sticker Ablagefläche Waschmaschine</p>

<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Staatliche Förderung von Unverpackt Läden.</p> <p>Förderung der Idee, das Konzept der Loseläden in den üblichen Verbrauchermärkten durch Subventionen zu implementieren.</p> <p>Verbildlichungen der Auswirkungen des Plastikverbrauchs mittels Medien und Werbemaßnahmen, die das Ausmaß verdeutlichen und Nutzer aufklären.</p> <p>Neue Abfallgesetze für Supermärkte einführen, die das Wegwerfen von noch haltbaren Lebensmitteln sanktionieren (siehe Frankreich).</p>
--	--

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Aufklärung zum Mindesthaltbarkeitsdatum - Ökologisches Bewusstsein und Verständnis weiterhin durch Aufklärungskampagnen stärken - Unterstützung/Förderung von Umwelt-NGO's - Aufklärung zu Kreislaufwirtschaftsgesetz - Aufklärung zu Fast-Fashion, Label für Nachhaltigkeit stärken
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Ängste ernst nehmen - Vorbehalte abbauen - Anreize zur Veränderung bieten - Informationen richtig kommunizieren - Vertrauen in Veränderung schaffen - Bildungsressourcen schaffen
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Mut zur Veränderung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung - Aufklärung - Erziehung - Systematisch <p>Mut zur Verantwortung</p> <ul style="list-style-type: none"> - national - International <p>Mut zum Handeln</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gesetzgebung - Eigenverantwortung

Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:	Keine Abfälle (Kunststoffe, Elektronikschrott) in Länder außerhalb der EU zu exportieren. Pfandsystem erweitern: Produkte mit ressourcenrelevanten Bestandteilen (Smartphones, Elektronische Geräte, Waschmaschinen, LED's..) Auf Langlebigkeit/Reparaturfähigkeit von Verbrauchsgütern hinwirken
---	--

Recycling von Verpackungen beim Online-Handel

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Immer mehr Menschen kaufen online ein und lassen sich ihre Waren direkt nach Hause liefern. Ein beachtlicher und steigender Teil der Einkäufe wird wieder an die Händler zurückgesendet. Für den Warenversand sind Verpackungen notwendig, deren Herstellung immer auch mit Umweltbelastungen verbunden ist. Durch Wiederverwendung der Versandverpackungen sollen Abfälle vermieden und die zur Herstellung notwendigen Ressourcen eingespart werden. Das neue Verpackungsgesetz (seit 1.1.2019) zielt auf besseres Recycling und Wiederverwertung von Versandverpackungen und mehr Produktverantwortung für den Inverkehrbringer. Mehrwegverpackungen sollen dadurch gefördert werden.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Das Verpackungsaufkommen ist in den zurückliegenden 20 Jahren kontinuierlich gestiegen. Es ist angesichts des aufkommenden Onlinehandels dringend geboten, Abfällen und der Verschwendung von Ressourcen bei Versandverpackungen entgegenzuwirken. Werden Verpackungen mehrfach verwendet, spart jeder Verwendungszyklus Abfall ein.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Je nach Ausgestaltung des Mehrwegsystems könnte der Einkauf von Produkten im Onlinehandel für den Kunden weniger bequem und möglicherweise auch teurer werden, da zusätzlicher Aufwand für die Käufer und zusätzliche Kosten für die Händler entstehen.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Schreiben Sie den Unternehmen einheitliche nachhaltige Verpackungen vor, die mehrfach verwendet werden können. - Entwickeln Sie ein Bonussystem zur Vermeidung von Rücksendungen oder bestrafen Sie kostenlose Rücksendungen! - Klären Sie den Verbraucher über die negativen Konsequenzen des Online-Handels auf! - Stärken Sie die Forschung an neuen nachhaltigen Verpackungsmaterialien! - Entwickeln Sie ein neues Wirtschaftssystem, dass Wachstum nicht als oberstes Ziel hat.
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Online-Handel einschränken! - Unnötige Retouren vermeiden! - Online-Handelsteuern! - Nicht mit kleinen Gesetzen die Durchführung von Umweltschutz verkomplizieren, sondern Verstöße ahnden! - Verpackungswahnsinn reduzieren!
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Konkretisierung des Verpackungsgesetzes und Anpassung an den Online-Handel - Vermeidung von Überregulierungen
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Forschung und Entwicklung nachhaltiger Verpackungsmaterialien fördern - Aufklärung des Verbrauchers über die Vernichtung zurückgesendeter intakter Produkte - Verbot von Plastikverpackungen - Beteiligung der Online-Händler an den Umweltfolgekosten

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Händler müssen zu einer angemessenen Verpackungswahl verpflichtet werden, insb. bezogen auf die Größe.</p> <p>Kunde muss vor dem Kauf über die verwendeten Verpackungs- und Füllmaterialien informiert werden. → Kunde muss bestätigen, dass er mit der Verpackung einverstanden ist, bevor er den Bestellvorgang abschließen kann.</p> <p>Mehrwegverpackungen & -füllmaterialien standardisieren, um ein zentrales Pfandsystem zu ermöglichen.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Mehrwegverpackungen (z.B. aus Hartplastik) sind gegen Pfand an Poststationen „leihbar“ oder zurückzugeben.</p> <p>→ Verpackungen sammeln sich nicht zu Hause/ werden nicht weggeschmissen</p> <p>→ Motivation: Pfand kann z.B. gespendet werden</p> <p>Unternehmen fördern, die in den Umlauf gebrachte Verpackungen recyceln.</p> <p>Schaffen von Recyclingstationen vor Ort.</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Einführung von Förderungen bzw. Zuschüssen für Startups und Unternehmen, die recyclingfähige Verpackungen herstellen und entwickeln.</p> <p>Zuschüsse für Unternehmen, die Mehrwegverpackungen anbieten.</p> <p>→ Hilfe bei Investitionskosten</p> <p>→ Sanktionen für Plastikverpackungen</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Recycling ist ein Schritt in die richtige Richtung, kann aber die Probleme durch und mit dem Online-Handel nicht lösen. Die Verpackungs- und Transportmenge muss langfristig reduziert werden. Dafür ist ein Umdenken bei den Verbrauchern notwendig. Eine Gebühr für kundenverschuldeten Rückversand sollte erhoben werden und über ein sinnvolles Gebühren- oder Pfandsystem nachgedacht werden.</p>

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>1. Verpflichtung des Online-Unternehmens, die Verpackung bei Waren-Retoure erneut zu verwenden (per Gesetz)</p> <p>2. Nur umweltfreundliche Materialien als Verpackung verwenden (per Gesetz)</p> <p>Verbot von Styropor, Alu, Folie oder</p> <p>Zusatzgebühr für Kunden & Online-Händler für die Verwendung bedenklicher Materialien wie z. B. Pappe 0 €, Folie 5 €</p> <p>3. Wahlmöglichkeit des Kunden der Verpackungsart</p> <p>Pappe (neu), Recycling Pappe / wiederverw. Verpackung -> Preisunterschiede</p> <p>4. Förderung von Innovationen in der ökologischen Verpackungsentwicklung</p> <p>Essbare Verpackung oder kompostierbare Verpackung</p> <p>5. Online Unternehmer keine Sonder-Frachtkonditionen</p> <p>Gleiches bei Sendungen an Endkunden (unabhängig Kosten ob Post, UPS etc...)</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Eine Mehrwegverpackung im Online-Handel ist nicht umsetzbar, da der Verpackungsrückfluss nicht durchführbar ist.</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>/</p>

Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:	<ul style="list-style-type: none">- Erweiterung des Verpackungsgesetzes um das Verbot von Chemikalien, die das Recycling von Verpackung stören oder behindern (Farben, Verbundstoffe etc.)- Aufklärung der Endverbraucher über nicht recyclingfähige Verpackungen über das Ausmaß vom KonsumverhaltenUnterstützung von lokalen nachhaltigen AnbieternRessourceneffiziente Versandmöglichkeiten mit angemessenen Verpackungsgrößen und Sendungsverfolgung (Brief, Päckchen, Paket)- Recyclingkosten auf den Onlinehändler umlegen (Verursacher-Prinzip)
---	--

Bildung für Ressourceneffizienz

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Viele Menschen wissen nicht, dass die Vorräte auf der Erde endlich sind und bei vielen Stoffen bereits zur Neige gehen. Oder es ist ihnen nicht bewusst bzw. sie verdrängen diese Tatsache. Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen kann nur dann erreicht werden, wenn unsere Wirtschaft sich nicht mehr an Wachstum orientiert und wenn unsere Gesellschaft insgesamt weniger konsumiert. Wichtig dafür ist Fähigkeit, die Zusammenhänge eines nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen zu verstehen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Ressourceneffizienz als Kernkompetenz verantwortungsbewussten Handelns in allen Bildungsbereichen verankert wird. Dazu müssen entsprechende Lehrkonzepte für Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und in der Weiterbildung entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Bildung und Aufklärung schaffen Bewusstsein und Verständnis für die bevorstehenden Veränderungsprozesse, die unsere gesamte Arbeits- und Lebensweise betreffen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Die direkten Effekte von Bildungsmaßnahmen lassen sich kaum ermitteln. Jedoch ist Bildung eine essentielle Grundlage dafür, die negativen Auswirkungen unseres Lebenswandels zu verstehen und die notwendigen Veränderungen zu akzeptieren und mitzugestalten.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Grundlagen schaffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung muss bundeseinheitlich sein, nicht Ländersache! - mehr Budget für Bildung allgemein - Thema Nachhaltigkeit in der Lehrerausbildung verankern & Weiterbildung von Lehrkräften - Regulation von Ressourcen in Bildungsstätten (z. B. Papierbegrenzung, Recyclingpapier) - Motivation durch positive Darstellung: „Was können wir erreichen“ und „Das läuft gut“ statt „Das muss vermieden werden“ und „Das läuft schlecht“ - mehr Praxisbezug im Bildungsalltag (z.B. Mensa-betrieb, Exkursionen, Praktika)
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Die KMK-Konferenz dazu bewegen, Ressourceneffizienz und ökologisches Bewusstsein in den Bildungsplänen, in der pädagogischen Aus-, Fort- und Weiterbildung zu verankern. Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schaffung eines globalen Umweltbewusstseins - Bewusstmachung der individuellen Verantwortung des Einzelnen - Nutzung digitaler Medien zur Vermittlung
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Werden Sie im Social Media-Bereich zu Umweltthemen aktiver!
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Nehmen Sie Ihren Bildungsauftrag zum Thema Umwelt/Ressourceneffizienz über die öffentlich-rechtlichen Sender zur besten Sendezeit wahr! - Heben Sie das Kooperationsverbot für Aspekte der Ressourceneffizienz in der Bildung auf! (Kindergarten, Schule, Studium, Ausbildung) - Agieren Sie schnell!

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Das Thema Nachhaltigkeit muss als Themenschwerpunkt in allen Bildungsstufen (von den kleinsten bis hin zur Erwachsenenbildung) und Einrichtungen verankert werden.</p> <p>Bildungseinrichtungen sind Erfahrungsorte, dort müssen Nachhaltigkeitsprinzipien gelebt werden.</p> <p>Dementsprechend muss das Bildungspersonal sensibilisiert und ausgebildet werden.</p> <p>In die Bildungspläne sollten aufgenommen und ausgebaut werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- Konsum und Medienkritik- Projektarbeit mit direktem Kontakt zur Umwelt- Endlichkeit und Ressourcen- Globale Wirtschaftliche Zusammenhänge und Umwelt- Schülerbeteiligung <p>Eltern stärker über die Bildungseinrichtung einbinden!</p> <p>Stadtteil und Nachbarschaftsprojekte fördern!</p> <p>-> Hierfür müssen ausreichende finanzielle und personelle Mittel bereitgestellt werden!</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Ressourceneffiziente Bildung muss für jede Bildungseinrichtung gewinnbringend sein.</p> <p>Dazu müssen Anreize geschaffen werden, wie z. B. Wettbewerbe, Ausschreibungen oder die Vergabe von Siegeln, wie z. B. „Grüne Schule“</p> <p>Es müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wie z. B. Personal, Zeit, Expertise, Geld...</p> <p>Im Hinblick auf die Stimmigkeit müssen Bildungseinrichtungen sowohl baulich als auch betrieblich ressourceneffizient organisiert werden.</p> <p>Die föderale Struktur muss hinterfragt werden.</p>

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p><u>Zielgruppenkonzept:</u> Zielgruppe definieren (Kinder, Erwachsene, Unternehmen, Medien...) jeweilige Personen als Influencer</p> <p><u>Investitionsbereitschaft für Bildung und Umsetzung:</u> Ökobudget für Schulen und öffentliche Bereiche</p> <p><u>Vorbildfunktion der BR und Multiplikatoren</u> Vorgelebtes Ökoverhalten z.B. von Politikern, Lehrern, Firmenchefs – privat und dienstlich</p> <p>Ökologie in der Gesetzgebung konsequent umsetzen, einbeziehen</p> <p><u>Informationskampagnen:</u> Kongresse, Plakate, Internetplattformen, Zeitungsbeilagen etc.</p> <p>Sollten über Fachpublikum hinaus objektive und positive Informationen liefern, allgemein verständlich</p> <p><u>Ökologie in Lehrplänen und entsprechende Literatur*:</u> langfristig Bestandteil der Allgemeinbildung</p> <p><u>Wissenschaftliche und ansprechende Darbietung von Zahlen und Fakten durch Regierung:</u> z. B Internetportal mit Zahlen der Regierung, Literaturverweisen</p> <p>Aktualität, Objektivität, Bekanntmachung notwendig</p> <p>* z. B. Rachel Carson – Der stumme Frühling</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - NICHT den Wandel über schlechtes Gewissen einklagen, sondern positiven Anreiz schaffen - bürokratische Hürden abbauen, leichter Zugang zu Umweltthemen und vereinfachte Umsetzung ressourcenschonenden Handelns - Ökoampel für Produkte/Dienstleistungen einführen <p>Beim Erwerb sollte offensichtlich sein, was das Produkt/die Dienstleistung die Umwelt kostet bzw. was das spezielle Produkt im Vergleich zu anderen einspart (Bahnreise vs. Flugreise)</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung hauptamtlicher/ehrenamtlicher Fähigkeiten in ressourcenschonenden/-fördernden Bereichen (Projekte zur Aufklärung und direktem Schutz) - Kleine Initiativen (z. B. Reparatur Café) fördern bzw. die Umsetzung erleichtern (Bürokratiehürden/gesetzliche Hürden abbauen)
--	---

Nachhaltiges Bauen

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Das Bauwesen gehört zu den ressourcenintensiven Wirtschaftszweigen. Aufgrund der großen Einsparpotenziale kommt dem Bauwesen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Ressourceneffizienz zu. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass der effiziente Umgang mit Rohstoffen, genau wie der Schutz von Wasser, Luft, Boden und Fläche als besonders zu berücksichtigende Belange im Baugesetzbuch (BauGB) genannt werden. Außerdem soll in öffentlichen Bauvorhaben der Einsatz von Recyclingmaterialien gefördert werden.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Die meisten öffentlich vergebenen Großaufträge liegen im Bausektor. Durch das Volumen öffentlicher Bauvorhaben und den Vorbildcharakter der öffentlichen Gebäude können hier innovativen Bauformen gefördert werden. Durch den Einsatz von Recyclingmaterialien soll das zertifizierte Baustoffrecycling verstärkt werden.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Anforderungen der Ressourceneffizienz machen Bauvorhaben der öffentlichen Hand komplizierter und möglicherweise auch teurer. Nachhaltige öffentliche Gebäude können jedoch auch privaten Bauherren die Machbarkeit innovativer Bauformen demonstrieren und zu kosten- und ressourcensparenden Lerneffekten im Bausektor beitragen.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Änderung des BauGB:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konkrete Vorgaben bei Upcycling-, Recycling- und Downcycling-Materialien bestehend aus nachwachsenden Rohstoffen und Rohstoffen mit niedrigem Energieeinsatz in der Erzeugung (z.B. Holz, Lehm, Textilien, Stroh, Papier) - Zertifizierung und Förderung solcher Produkte und Materialien
--	---

	<ul style="list-style-type: none"> - Limitierung von anderen Rohstoffen und Produkten, die nicht nachwachsend sind und/oder energieaufwendig hergestellt werden auf das Unvermeidliche (z.B. Zement, Stahl, Glas, Kunststoffe)
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Verhinderung des Einflusses der Lobbyisten der Bauindustrie und ihrer Zulieferanten, um den Vorrang des Profits vor den Umweltbelangen einzuschränken. - Umfassende Aufklärung über die Notwendigkeit der Klimaschutzmaßnahmen im Baubereich - Transparenz und Bürgerbeteiligung verbessern, insbesondere bei öffentlich-rechtlichen Vorhaben → Vorbildwirkung.
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Den Ernst der Lage verstehen - konsequent die Materialwirtschaft umstellen - unbeeindruckt bleiben vom Lobbyismus - Vorbildfunktion wahrnehmen
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Die geplanten Maßnahmen sind gut (Baugesetzbuch), aber nicht ausreichend und müssen konkretisiert werden.</p> <p>Konkretisierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Festlegung von Vertretern der Nachhaltigkeitsbelange - Einführung einer Recyclingquote für öffentliche und private Bauvorhaben - Zertifizierung von Recyclingmaterialien als nachhaltige Baustoffe <p>Flankierende Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung und Ausbau steuerlicher Anreize sowie öffentlicher Fördermittel mit vereinfachten Regeln für nachhaltiges und ressourceneffizientes Bauen

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Wir empfehlen eine Reform des Baurechts.</p> <p>Zum einen muss das Antragsverfahren für Baugenehmigungen ressourceneffizienter, nachhaltiger Immobilien stark vereinfacht werden.</p> <p>Zum anderen soll für nachhaltige Bauprojekte schneller Bauland ausgewiesen werden. Nachhaltige Projekte sind gegenüber herkömmlichen zu bevorzugen.</p> <p>Außerdem muss das Baurecht dahingehend gelockert werden, dass ökologisch wertvollere Bausubstanzen verwendet werden können.</p> <p>Ferner sollte die Subventionierung selbstversorgender Energieerzeugungsanlagen wie Solarzellen wieder eingeführt werden. Und darüber hinaus für neue Technologien, wie Wärmepumpen und Fernwärmeanschlüsse, neu eingeführt werden.</p> <p>Des Weiteren sollte das Konzept der bedarfsorientierten, im Platzangebot variablen, modularen Wohneinheiten sowohl auf finanzieller, als auch steuerlicher Ebene unterstützt werden. Für diese sollten moderate Mieten staatlich festgesetzt werden. Auch der soziale Wohnungsbau sollte wieder stärker in den Fokus genommen werden.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Es sollte eine gezielte Entbürokratisierung in Hinblick auf nachhaltige Bauvorhaben wie Selbstversorgerhäuser und energieeffizienter Mehrparteienhäuser stattfinden, so dass es einfacher ist nachhaltiger zu bauen als konventionell.</p> <p>Ferner spart die Wiederverwendung alter Baumaterialien in ungenutzten Bauten sowohl Produktionskosten als auch Emissionen bei der Herstellung neuer Materialien. Eine weitere Folge hiervon ist die Verbesserung des Ortsbildes, durch die Entfernung unansehnlicher Altbauten.</p> <p>Die Umnutzung oder der Umbau bereits bestehender Immobilien können schließlich helfen, Bauvorhaben für die Bürger*innen kostengünstiger zu gestalten und unnötige Bauvorhaben und damit Bodenversiegelungen zu verhindern.</p>

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Im Bausektor sollten wirtschaftliche Anreize für die Forschung an nachhaltigeren Bausubstanzen geschaffen werden. Möglich wären hier z. B. eine Kostenübernahme des Forschungsaufwandes oder eine bevorzugte Auftragsvergabe in Hinblick auf öffentliche Bauprojekte.</p> <p>Auch Subventionen sowie Steuernachlässe führen auf privater Ebene zu vermehrten Käufen von Immobilien mit positiver Energiebilanz (Grunderwerbssteuer).</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Der Markt der Bauunternehmen darf in Bezug auf die Forschung nicht durch Patente reguliert werden, da hier die Ressourceneffizienz relevanter als der Wettbewerbsvorteil von einzelnen Unternehmen ist.</p>

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - alternative/effiziente Baumaterialien (Holzbau, usw.), ökologische Baustoffe - Bauvorschriften (Gesamteffizienz) überprüfen + vereinheitlichen (Bund/Land/Kommune) - Recycling /Nutzung Regenwasser (Förderung, Speicherung) - Sinnvolle Nutzung von Smart Home Lösungen (Energieeffizienz) - Förderung alternativer Wohnkonzepte stärken (ökologisch orientierte Genossenschaftshäuser, tiny houses, WGs)
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Nachhaltiges Bauen kostet nicht unbedingt höhere Kosten, vor allem nicht bei Gesamtlebenszyklus-Betrachtungen. Nachhaltiges Bauen erfordert jedoch viel mehr Intelligenz als bisher Gewohntes.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausbildung und Weiterqualifizierung von Architekten und Handwerkern in Bezug auf Energie- und Ressourceneffizienz, gezielte Nachwuchsförderung, damit in Zukunft ausreichend Fachhandwerker verfügbar. - Förderstrukturen harmonisieren und entbürokratisieren. Kompetente Ansprechpartner bei Fragen zum Stellen von Anträgen (insbes. bei KfW Verbesserungspotenzial)

Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:	<ul style="list-style-type: none">- Baukosten begrenzen vs. Langlebigkeit (Standardisierung)- Lebensphasenorientierte Wohnraumnutzung (Tausch, modulare Bauweise)- Schadstoffe in Baumaterialien (Begrenzung/Grenzwerte)- Gebäudebegrünung (Fassade, Dach), Gartengestaltung- Förderung erneuerbare Wärmeerzeugung (Solarthermie, Speicher)- Förderung von nachhaltigem sozialem Wohnungsbau- Verdichtung + Benutzung von Bestandsbauten (Flächennutzung) (Denkmalschutz fördern)
--	---

Green Finance

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Die Europäische Kommission plant ein „Green Finance Ecolabel“. Damit sollen „grüne“ Investitionen (z.B. ökologische Geldanlagen) und Projekte auch von Privatpersonen gefördert werden. Die Bundesregierung setzt sich bei der EU-Kommission dafür ein, dass bei dem Label auch Aspekte einer verantwortungsvollen Rohstoffgewinnung und eine ressourceneffiziente Produktion einbezogen werden. Das Label soll z.B. Fonds auszeichnen, die ausschließlich Unternehmen führen, die einen verantwortungsvollen Rohstoffabbau garantieren und Umwelt- und Sozialstandards beim Abbau einhalten.

Warum wird diese Maßnahmen geplant?

Ein wichtiger Baustein für mehr private Investitionen in grüne Geldanlagen ist Transparenz. Das Label soll helfen, Vertrauen in „Green Finance“ zu schaffen.

Welche Auswirkungen hat die Maßnahme?

Nachhaltige Geldanlagen bieten oft geringere (realistischere) Renditen. Dafür wissen die Investor/innen, dass ihr Geld ökologisch sinnvoll investiert wird. In nachhaltige Projekte zu investieren ist eine wirksame Form des Engagements.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - gesellschaftliche Förderung von Nachhaltigkeit durch transparentes Öko Label - Attraktivitätssteigerung durch staatlich garantierte Einlagensicherung im Zuge der Label Zertifizierung
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - unabhängige Kontrollorgane aus der Mitte der Bevölkerung
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Medienkampagnen für Umweltinvestitionen für alle Bürger - Aufklärung und Bürgerbeteiligungsprozess
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - steuerliche Anreize zur Belebung von Ökoinvestitionen schaffen (z.B. EEG-Umlage bei Eigenerzeugung abschaffen Sonder-AFA für breite Bürgerschaft)

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<ul style="list-style-type: none"> - KfW Förderung ausbauen (z.B. Green Bonds) - Kapitalanlagen: Gesetz harmonisieren; Aktienquote z.B. bei Lebensversicherung erhöhen => Förderung nachhaltiger Investments - Steuerliche Anreize zum nachhaltigen Investieren => Zertifizierte Anlagen (Siegel)
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Steuergesetzgebung pro Ressourceneffizienz ändern, z.B. Einführung von Kerosinsteuer, möglichst EU-weit.</p>

<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>- Deutsche/Europäische Mindeststandards bei Siegeln => Schaffung eines Mindeststandards für nachhaltige Anlagen Finanzielle Bildung fördern => Schulen, Berufsfachschulen, Uni's</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Es sollte mehr Anschubfinanzierung für ressourcenschonende Investitionen geben. Z. B.: Recyclingunternehmen Landwirtschaft Nachhaltige Energiegewinnung Es sollten Steuersparmodelle für Anlagen, die umweltschädliche Kapitalanlagen finanzieren, eingestellt werden.</p>

Öffentliche Beschaffung

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung? Wer setzt die Maßnahmen um?

Die Einkäufe öffentlicher Verwaltungen können den Markt für umweltfreundliche und ressourcenschonende Produkte stärken. Anforderung an die Ressourceneffizienz sollen bei der öffentlichen Beschaffung mittels einer rechtsverbindlichen Ausgestaltung des Vergaberechts stärker beachtet werden. Unter anderem sollen Behörden künftig beim Einkauf das nationale Umweltzeichen Blauer Engel bzw. die Vergabekriterien des Blauen Engels berücksichtigen müssen. Zusätzlich sollen öffentliche Verwaltungen prüfen, ob ausgesonderte Vermögensgegenstände, wie z.B. Büromöbel oder technische Geräte weiter genutzt werden können. Dafür soll eine Tauschplattform für Gebrauchtprodukte zwischen den Behörden aller Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) eingeführt werden.

Warum werden diese Maßnahmen geplant?

Die Beschaffung ressourceneffizienter Produkte durch die öffentliche Hand besitzt eine Vorbildfunktion und unterstützt damit die Verbreitung von nachhaltigen Produkten. Die weitere Verwendung und Nutzung von Produkten durch andere Behörden sparen Steuergelder und Ressourcen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen?

Die effizientesten Produkte sind in der Anschaffung nicht immer die günstigsten. Die öffentliche Beschaffung kann dadurch teurer werden, auch wenn die Nutzungskosten der Produkte eher sinken. Außerdem erhöht sich möglicherweise der Aufwand, da zusätzliche Kriterien herangezogen werden müssen, um die Angebote zu bewerten. Die öffentliche Nachfrage nachhaltiger Produkte regt deren Entwicklung an und steigert damit das Angebot am Markt.

Erfurt

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Liebe Umweltministerin, bitte verankern Sie schnellstmöglich (noch in dieser Legislatur) die Berücksichtigung der ökologischen Aspekte vor den wirtschaftlichen Aspekten bei der Auswahl im Vergaberecht. Wichtig ist, die Maßnahme für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Sie können damit die Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung hervorheben.</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Liebe Umweltministerin, bei der Etablierung der „Tauschbörse“ sind sinnvolle Personal- und Lagerkapazitäten zu planen. Die Vergabeverfahren dürfen durch die Berücksichtigung der ökologischen Aspekte nicht langwieriger und komplizierter werden.</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Liebe Umweltministerin, bei der Umsetzung der „Tauschbörse“ dürfen keine bürokratischen Hürden entstehen. Die Bedarfe und Überhänge sind regional zu erfassen.</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Liebe Umweltministerin, Zusätzlich können die Mitarbeiter/innen in der öffentlichen Verwaltung als Umweltbotschafter/innen qualifiziert und genutzt werden. Bei der öffentlichen Vergabe sollen Firmen mit Öko-Standard-Produkten bevorzugt werden.</p>

Hannover

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Geräte, die am Ende ihrer Lebensdauer angekommen sind, müssen durch umweltfreundliche Anbieter entsorgt werden (fachgerecht). → Vergabekriterien entwickeln.</p> <p>Öffnung der Tauschplattform auch für Bürger/innen und private Unternehmen → Bevorzugung von Behörden</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Blauer Engel als Kriterium nicht ausreichend; für die regelmäßige Weiterentwicklung der Ressourceneffizienz von Produkten sollte eine kontinuierliche Steigerung der Umweltstandards stattfinden. → Fortschreibung des Blauen Engels</p>
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p>Durchführung einer Werbekampagne, um die Tauschplattform bekannt zu machen.</p> <p>Vor der Entsorgung müssen Behörden zur Nutzung der Plattform verpflichtet werden, solange Produkte noch nutzbar sind.</p>
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Anreize zur Überbeschaffung, die durch zweckgebundene Mittel entstehen, verringern:</p> <p>Regelmäßige Bedarfsermittlung vor Ort → darauf folgende Anfrage der Mittel „von unten nach oben“</p> <p>Ermöglichung von mehr Flexibilität der überschüssigen Mittel → z.B. Einsatz von Geldern für Personal – statt Anschaffung von unnötigen Sachmitteln (Möbel, Telefone, etc.)</p>

Ludwigshafen

<p>Um den Rückenwind besser zu nutzen, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p><u>Öffentliche Transparenz der Auswahlkriterien</u></p> <p>-> Anbieter gleichstellen</p> <p><u>Monetäre Anreize</u></p> <p>-> Nutzung der Tauschbörse fördern (z.B. Transporte bezahlen, freiwerdende Mittel freiverfügbar machen)</p>
<p>Um dem Gegenwind adäquat zu begegnen bzw. diesen abzumildern, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p><u>Aufklärung über Anschaffungskriterien</u></p> <p>-> Behörden und Mitarbeiter über Gründe für ökologische und nachhaltige Kriterien informieren</p> <p>-> Öffentlichkeit informieren</p>

	<p><u>Einfache und unbürokratische Tauschplattform</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -> digitale Plattform -> Gebote/Gesuche auch langfristig -> Regionalfilter -> Lösung für bürokratischen Aufwand finden (z. B. Abschreibungen ...)
<p>Um Windstille bei der weiteren Umsetzung zu vermeiden, empfehlen wir der Bundesregierung:</p>	<p><u>Ökologische Kriterien als Pflicht bei Beschaffung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -> Preis nach Ökologie (inkl. Regionalität) + Qualität -> mind. Blauer Engel oder strengere, bessere Kriterien <p><u>Soziale Kriterien bei Beschaffung + Reparatur berücksichtigen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -> lokale und soziale Institutionen für Reparaturen bevorzugen (z. B.: Behindertenwerkstatt)
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p><u>Betroffene in Anschaffungsplanung einbeziehen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -> Fehlkäufe vermeiden <p><u>Produkte vor endgültiger Entsorgung gemeinnützigen Organisationen anbieten</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -> Spende statt Sperrmüll <p><u>Wenn angebracht Papier durch Digitalisierung vermeiden</u></p> <ul style="list-style-type: none"> -> z. B. Bewerbungsunterlagen, Anträge etc.
<p>Wir empfehlen der Bundesregierung Folgendes nicht zu tun bzw. mehr oder anderes zu machen:</p>	<p>Nicht: Bürokratie weitertreiben und durch harmonisierte und klare neue Regelungen ersetzen.</p> <p>Besser: Parallelgesetze, die gleiche oder ähnliche Sachverhalte unterschiedlich regeln, vermeiden.</p> <p>Besser: Minister einsetzen, die fachlich ausreichend qualifiziert sind, im Haifischbecken der Lobbyisten Entscheidungen im Sinne des Allgemeinwohls zu treffen.</p> <p>Mehr unabhängige Wissenschaftler anhören.</p> <p>Besser: Politik muss viel mehr erklären!</p> <p>Besser: Maßnahmen weiter konkretisieren!</p> <p>Besser: Verordnungen und Normen so ausführen, dass erneuerbare und regenerative Baustoffe eine konkrete Chance haben.</p>